

Altenarbeit im Gemeinwesen Demografisch geboten – politisch notwendig – verlässlich finanziert

Diakonie für Menschen

Finanzierung gemeinwe-
senorientierter Altenarbeit
– von der Projektförderung
zur Nachhaltigkeit



Inhalt

3	Vorwort	30	6.7 Düsseldorf: Sozialraumstrategien im großstädtischen Raum
4	Zusammenfassung: Altenarbeit im Gemeinwesen	33	7. Dringender Handlungsbedarf und Forderungen
5	1. Herausforderungen für die Altenarbeit im Gemeinwesen	33	7.1 Forderungen an politische Akteure
7	2. Zehn sozialpolitische Kernaussagen zur Gestaltung einer generationensolidarischen Gesellschaft	36	7.2 Forderungen an Kostenträger
9	3. „Suchet der Stadt Bestes“	37	7.3 Forderungen an Kirche und Diakonie
9	3.1 Diakonie und Kirche denken und handeln sozialräumlich	39	7.4 Forderungen an Senioren und Seniorinnen
11	3.2 Daseinsvorsorge als gemeinwesendiakonischer Auftrag	40	8. Hintergrundwissen
11	3.3 Handlungsoptionen gemeinwesenorientierter Altenarbeit	40	8.1 Gesetzestext
12	4. Dimension und Aufgaben gemeinwesenorientierter Altenarbeit	40	8.2 Stiftungen
15	5. Das Dilemma einer nicht nachhaltigen Finanzierung	41	9. Literatur
17	6. Sieben kreative Beispiele aus der Praxis	41	9.1 Verwendete und zitierte Literatur
17	6.1 Rathenow: Regionale Öffnung und Entwicklungsstrategien im ländlichen Raum	42	9.2 Serie Altern in Deutschland
20	6.2 Nürnberg: Öffnung eines diakonischen Unternehmens in großstädtischem Raum	42	9.3 Weitere Buchtipps
22	6.3 Werther: Ambulantisierungsstrategie einer Einrichtung	43	10. Glossar
24	6.4 Remscheid-Hohenhagen: Quartiersentwicklung durch Kooperation	44	11. Projektgruppe
27	6.5 Mülheim an der Ruhr – Saarn: Entwicklungsstrategie einer Kirchengemeinde	47	Impressum
29	6.6 Köln: Strategische Pflegesatzverhandlungen einer Einrichtung		

Vorwort

Der demografische Wandel hin zu einer Gesellschaft mit immer mehr älteren und immer weniger jüngeren Menschen erfordert eine Neuorientierung: Wie verändern sich Bedürfnisse und Nachfragen? Welche Rahmenbedingungen müssen geschaffen oder gestärkt werden?

Die Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge wachsen. Angebote, Dienste und Einrichtungen werden vor große Herausforderungen gestellt. Unter der politischen Vorgabe, ambulante vor stationäre Hilfsangebote zu etablieren, beherrscht der Ausbau quartiersbezogener Unterstützungssysteme die aktuelle Diskussion in der Altenarbeit.

In der Vergangenheit wurden unzählige Modellvorhaben zur Gestaltung solcher quartiersbezogenen Netzwerke für generationengerechte Kommunen angeregt und als Projekte erprobt. Trotz ihres nachweisbaren Erfolges wurden sie wegen fehlender Anschlussfinanzierung beendet. Deshalb ist eine nachhaltige Finanzierung dringend notwendig. Die einschlägige Vorschrift im § 71 Sozialgesetzbuch XII „Altenhilfe“ beschreibt die Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge im Rahmen von Kann-Leistungen, die immer abhängig von der Finanzlage der Kommunen sind. Kann-Leistungen garantieren aber keine verlässliche und nachhaltige Finanzierung.

In der vorliegenden Handlungsempfehlung werden exemplarisch gemeinwesenorientierte Altenhilfeprojekte vorgestellt. Sie zeigen, wie eine verlässliche Finanzierung ausgestaltet wird, welche Netze geknüpft, welche Partner gesucht und welche unterschiedlichsten Kostenträger an einen Tisch gebracht werden müssen, um das Finanzdilemma zu lösen.

Dabei erweist sich, dass nur ein verlässliches Basisbudget Nachhaltigkeit erreicht. Bereits das 2009 verabschiedete Memorandum „Mitgestalten und Mitentscheiden – Ältere Menschen in Kommunen“¹ stellte fest, dass ein aktivierender Staat und die Zivilgesellschaft Sorge für verlässliche Rahmenbedingungen tragen müssen, um ein Mitgestalten und Mitentscheiden zu ermöglichen. In der Präambel des Memorandums heißt es: „Als Vertreterinnen und Vertreter von Bundesländern und kommunalen Spitzenorganisationen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Seniorenorganisationen setzen wir uns für ein neues Leitbild des aktiven Alters und für eine stärkere Beteiligung älterer Frauen und Männer ein.“ Jetzt muss die Praxis folgen!

Die ausgewählten Beispiele aus dem ländlichen und städtischen Raum zeigen, dass sowohl Kirchengemeinden als auch diakonische Träger und Einrichtungen erhebliche Mittel einsetzen, um Quartiere menschenfreundlich und generationengerecht zu gestalten. Auf Dauer geht das aber nur, wenn auch der politische Wille da ist, die Finanzierung entsprechend auszugestalten.

Dazu will die Handreichung ermutigen. Sie stellt Ideen und Vorschläge bereit, wie unsere älter werdende Gesellschaft gestaltet und ausgestattet werden muss – bis hin zu einer erneut aufzunehmenden Diskussion um ein Altenhilfestrukturgesetz. Unser Gemeinwesen muss sich daran messen lassen, ob es Altwerden in Würde und größtmöglicher Freiheit, ob es die Solidarität aller Generationen einschränkt oder fördert.

Johannes Stockmeier
Präsident des Diakonisches Werkes der EKD

¹ Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (BAG-SO), Memorandum Mitgestalten und Mitentscheiden – Ältere Menschen in Kommunen, Leitlinie für das Programm „Aktiv im Alter“, 2009

Zusammenfassung: Altenarbeit im Gemeinwesen

Demografisch geboten – politisch notwendig – verlässlich finanziert

Eine stetig alternde Bevölkerung, in der es immer mehr ältere und weniger jüngere Menschen gibt, bedarf quantitativer und qualitativer Anpassungen im Spektrum von Angeboten, Diensten und Einrichtungen. Die Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge wachsen. Diese Herausforderungen treffen vielerorts auf defizitäre Haushalte der öffentlichen Hand.

Um die Lebensqualität in alternden und schrumpfenden Kommunen zu sichern, sind zunehmend nicht nur Bündnisse zwischen Politik und Wirtschaft, sondern auch mit der Zivilgesellschaft gefragt. Viele gesundheitsfördernde, kulturelle und soziale Angebote sind für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger von hohem Wert. Da diese Angebote aber nicht zu den Pflichtaufgaben gehören, stehen sie bei wachsendem Finanzierungsdruck als Erstes zur Disposition.

Die Handreichung bündelt die gegenwärtige Diskussion und führt sie mit Praxisbeispielen und konkreten Forderungen voran:

In einem ersten Teil wird die Notwendigkeit quartiersorientierter Angebote entwickelt und in zehn sozialpolitischen Kernaussagen zusammengefasst (Kapitel 1 und 2). Die Kernaussagen sind die Essenz aktueller Positionen von Wohlfahrtsorganisationen, Parteien, Sozialministerien der Länder, kommunalpolitischen Verbänden, Kirche und Diakonie.

Eine auf Grundlage des § 71 Sozialgesetzbuch (SGB) XII erarbeitete Definition gemeinwesenorientierter Altenarbeit verdeutlicht die dringend notwendige verlässliche Finanzierung durch Basisbudgets (Kapitel 3 und 4). Das Finanzdilemma der öffentlichen Haushalte bildet den Ausgangspunkt für differenzierte Überlegungen zu verlässlichen Mischfinanzierungen (Kapitel 5).

Anhand von sieben Praxisbeispielen werden in einem zweiten Teil erfolgreiche Finanzierungswege dargestellt (Kapitel 6). Auf Grundlage dieser Beispiele werden Forderungen für eine verlässliche Finanzierung von Altenpolitik auf Bund-, Länder- und Kommunalebene erhoben. Die Forderungen werden auf den Bereich von Kirche und Diakonie ausgeweitet, da beide Institutionen wesentliche Träger der gemeinwesenorientierten Altenarbeit sind.

Dazu müssen Menschen, ob hauptberuflich oder im bürgerschaftlichen Engagement, für die verantwortungsvolle Gemeinwesenarbeit motiviert und qualifiziert werden (Kapitel 7).

Die Grundüberzeugung dieser Handreichung lautet: Das traditionell sektorale Denken und Handeln in der sozialen und pflegerischen Altenarbeit kommt zu seinem Ende. Netzwerkarbeit ist notwendig und braucht beschreibbare Rahmenbedingungen. Jedes Alter hat seine Potenziale, die in dieses Netzwerk eingebracht werden. Diese Potenziale gilt es zu entdecken und zu fördern, zum eigenen Wohl und zum Wohl des Gemeinwesens.

1. Herausforderungen für die Altenarbeit im Gemeinwesen

Der demografische Wandel zeigt sich vor allem im Quartier (im Stadtteil, im Dorf). Im Quartier wohnen und arbeiten die Menschen, treffen unterschiedliche Interessen, Lebensstile und Lebenslagen unmittelbar aufeinander und müssen wesentliche Folgen der gesellschaftlichen Umwälzungen bewältigt werden. Menschen mit Migrationshintergrund ansprechen und zur Teilhabe gewinnen ist dabei eine besondere Herausforderung an die Gesellschaft: Viele Quartiere werden nicht nur älter und ärmer, sondern auch deutlich „bunter“.

Demographische Verschiebungen haben Auswirkungen auf die Bedürfnisse und Nachfrage von sozialen Dienstleistungen, natürlich mit regionalen Unterschieden. So wird die starke Zunahme der Zahl der Hochaltrigen mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem deutlich steigenden Bedarf an pflegerischen Hilfen und haushaltsnahen Dienstleistungen führen.

Wirtschaftliche und politische Gründe legen es nahe, Hilfen und Dienstleistungen kleinräumig in den Quartieren zu organisieren („ambulant vor stationär“). Die kommunale Daseinsvorsorge muss also fortgeschrieben werden und zugleich enger mit stationären, ambulanten und offenen gemeinwesenorientierten Angeboten verzahnt werden. Denkt und handelt die soziale und pflegerische Altenarbeit traditionell in sektoriellen Mustern, treten nun die Paradigmen des Wohnens und der wohnortnahen Begleitung älter werdender Menschen und die Gestaltung altersgerechter Quartiere für alle Generationen hinzu.

Die Gesellschaft wird stärker als bisher gefordert sein, ein Hilfe- und Begleitungsnetzwerk von älteren Menschen und für ältere Menschen im Quartier zu entwickeln. Dazu müssen Menschen – ob hauptberuflich oder im bürgerschaftlichen Engagement – für die verantwortungsvolle Gemeinwesenarbeit motiviert und qualifiziert werden. Gelingt es, soziale Unterstützung durch Freiwillige bei der Abdeckung des zunehmenden Bedarfs an sozialer Teilhabe, haushaltsnahen Dienstleistungen und zur Entlastung pflegender Angehöriger einzubinden? Die Antwort geben kleinräumige soziale Netzwerke.

Denkweisen und Organisationsweisen der Gesellschaft, aber auch von Kirche und Diakonie, brauchen die Offenheit für solche neuen Formen des bürgerschaftlichen Engagements. Professionelle Begleitung kann Veränderungsprozesse hin zu einer solchen Offenheit wirksam unterstützen.

Niedrigschwellige Betreuungs- und Begleitungsformen für hilfsbedürftige alte Menschen entwickeln und dazu neue Finanzierungsmodelle gestalten – diese Aufgabe stellt sich den Kommunen und Gemeinden, in Zusammenarbeit mit allen anderen Akteuren. Eine Orientierung bietet das Konzept einer „Integrierten Stadtteilentwicklung“: Die vorrangige Ausrichtung an den Bedürfnissen und Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner im Sozialraum, die Anpassung von Konzepten, Angeboten an neue Zielgruppen und Milieus und damit die Öffnung der Einrichtungen und Dienste ins Quartier hinein. Eine solche integrierte Stadtteilentwicklung braucht zugleich neue Strategien zugehender Seniorenarbeit.

Kirche und Diakonie setzen sich mit ihrem politischen Engagement dafür ein, die gesetzliche Daseinsfürsorge durch die Kommunen im Bereich der Altenarbeit im Gemeinwesen mit der oben skizzierten Perspektive auszubauen und weiter zu entwickeln.

Zivilgesellschaftliche Bündnisse und innovative Kooperationsformen stehen für neue, kreative Lösungen. So werden Ressourcen deutlich, die die „Gesellschaft des langen Lebens“ in den Quartieren bereithält. Bürgerschaftliches Engagement möglichst vieler und die stärkere Vernetzung der Generationen sind Voraussetzungen für die Rückgewinnung nachbarschaftlicher, solidarischer, tragfähiger Strukturen und damit für den Erhalt lebens- und liebenswerter Quartiere und Städte.

Publikationen und Verlautbarungen von Kirche, Gesellschaft, Senioren- und Selbsthilfeorganisationen zur Entwicklung und Gestaltung einer generationensolidarischen Gesellschaft bieten die Grundlage für klar definierte sozialpolitische Kernaussagen.



Hofgemeinschaft

Foto: Anja Reiffert

2. Zehn sozialpolitische Kernaussagen zur Gestaltung einer generationensolidarischen Gesellschaft

Bundes- und Landesministerien, Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen, Kirchen und Kommunen haben in den letzten Jahren Positionspapiere, Empfehlungen und Stellungnahmen zur Seniorenpolitik veröffentlicht. Alle Verlautbarungen betonen, dass die gegenwärtige Ausgestaltung gemeinwesenorientierter Altenarbeit den Anforderungen des demographischen Wandels und dem Ziel einer generationensolidarischen Gesellschaft nicht genügt. Die notwendige Neuausrichtung basiert auf zehn Kernaussagen:

1. Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen für generationensolidarisches Handeln schaffen

Der Zusammenhalt der Gesellschaft braucht Rahmenbedingungen. Dazu gehören die Förderung von Eigeninitiative und Beteiligungsmöglichkeiten, die Unterstützung und Begleitung zivilgesellschaftlichen Engagements, ein Verständnis von Seniorenpolitik als Generationenpolitik. Ressourcen zu entdecken und zu vernetzen setzt eine funktionierende sozialstaatliche Infrastruktur voraus.²

2. Ressourcen stärken, Selbsthilfe fördern

Selbständigkeit, Selbstbestimmtheit und Selbstorganisation müssen bis ins Alter hinein gefördert werden. Dazu gehören

² Dazu: Bundesministerium; Memorandum; Bundesministerium: Fünfter Bericht

unter anderem die Stützung subsidiärer Hilfesysteme und eine „neue Selbstverständlichkeit des Helfens“. Um die Selbsthilfekräfte alter Menschen besser zu entfalten, müssen vorhandene soziale Netze ausgebaut und gestärkt werden.³

3. Gemeinwesenorientierte Netzwerke bilden

Netzwerke sind unverzichtbare Bestandteile eines generationenförderlichen Gemeinwesens. Soziale Vorsorge braucht Netzwerke im Wohnumfeld, um der Vereinsamung entgegenzuwirken, bürgerschaftliches Engagement zu fördern und gegebenenfalls eine Heimeinweisung zu verzögern oder zu verhindern.⁴

4. Gestaltungsräume erschließen, Teilhabe verwirklichen

Selbstbestimmte Teilhabe lässt sich nur mit zivilgesellschaftlicher Solidarität im Gemeinwesen und politischer Akzeptanz verwirklichen. Zur Mitgestaltung und Mitbestimmung gehören entsprechende Voraussetzungen wie Barrierefreiheit oder Präventionsangebote, die Gestaltung generationenfreundlicher Wohn- und Lebensformen und quartierbezogener seniorengerechter Infrastruktur.⁵

³ Dazu: Klie; Soziales neu gestalten – SONG; Bundesministerium; Memorandum; Deutscher Städte- und Gemeindebund; Alter werden in Deutschland; Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge; Empfehlungen zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur, Land Baden-Württemberg; Aktionsprogramm, 2006

⁴ Dazu: Bundesministerium; Memorandum; Bundesministerium; Altenhilfestrukturen; Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge; Empfehlungen zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur; Evangelische Kirche im Rheinland; Stellungnahme zur Anhörung, 2009; Land Baden-Württemberg; Aktionsprogramm, 2006

⁵ Dazu: Bundesministerium; Memorandum; Deutscher Caritasverband; Kampagne, 2010; Land Baden – Württemberg; Aktionsprogramm, 2006; Land Nordrhein-Westfalen; Seniorenpolitische Leitlinien 2010; Land Rheinland-Pfalz; Aktionsplan, 2010; Bundesministerium; Fünfter Bericht

5. Potenziale des Alters aktivieren und befähigen

Das Alter hat eigene Potenziale. Seniorenpolitisches Planen und Entscheiden braucht ein differenziertes Altersbild, das mit verborgenen Potenzialen (Begabungen, Stärken) rechnet. Seniorenpolitik bedeutet auch, solche Potenziale zu entdecken und freizusetzen.⁶

6. Seniorenpolitik als Standortfaktor wahrnehmen

Kommunale Seniorenpolitik ist ein positiver Standortfaktor. Kommunen mit Programmen zur Familien- und Generationenfreundlichkeit haben einen Standortvorteil. Dieser Standortvorteil wird verstärkt, wenn kommunale Akteure beim Perspektivenwechsel von der Pflegeorientierung zur Gemeinwesenorientierung ihre Rolle als Impulsgeber, Koordinator und Moderator begreifen.⁷

7. Generationenpolitik als Querschnittsaufgabe begreifen

Generationenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Sie ist mehr als Sozialpolitik und reicht von der Bildungspolitik über die Gesundheitspolitik bis hinein in die Bereiche Recht und Verwaltung. Seniorenpolitik ist nicht Klientel-Politik für alte Menschen, sondern Zukunftsgestaltung von und mit alten Bürgerinnen und Bürgern. Es geht letztlich darum, umfassende Rahmenbedingungen für das Miteinander der Generationen in der Gesellschaft zu entwickeln.⁸

6 Dazu: Deutscher Städte- und Gemeindebund; Älter werden in Deutschland; Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge; Empfehlungen zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur; Evangelische Kirche im Rheinland; Stellungnahme zur Anhörung, 2009; Land Nordrhein-Westfalen; Seniorenpolitische Leitlinien, 2010

7 Dazu: Land Nordrhein-Westfalen; Seniorenpolitische Leitlinien, 2010; Land Baden-Württemberg; Aktionsprogramm, 2006; Land Nordrhein-Westfalen; Seniorenpolitische Leitlinien, 2010

8 Dazu: Evangelische Kirche im Rheinland; Stellungnahme zur Anhörung, 2009; Land Baden-Württemberg; Aktionsprogramm, 2006; Land Nordrhein-Westfalen; Seniorenpolitische Leitlinien, 2010

8. Prävention gegen Altersarmut ausbauen

Altersarmut wird sich zunehmend verschärfen, unter anderem durch Niedriglohnbereiche und prekäre Arbeitsverhältnisse, unzureichende berufliche Qualifikationen und Langzeitarbeitslosigkeit während des Lebensabschnitts vor dem Ruhestand. Es gibt bereits heute armes und reiches Altern. Armut verhindert Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Und: Bürgerschaftliches Engagement kann nur dann geleistet werden, wenn die eigene soziale Lage gesichert ist. Die Sensibilisierung der Politik und der Kirche für Armut, auch für die unsichtbare, ist notwendig. Erste Ansätze dazu finden sich beispielsweise im Wohn- und Teilhabegesetz Nordrhein-Westfalen (NRW) aus dem Jahr 2009.⁹

9. Seniorenpolitik übersteigt Seniorenwirtschaft

Die Begriffe Seniorenpolitik, Altenarbeit, Sozialpolitik und Seniorenwirtschaft bedürfen einer Klärung und einer Abgrenzung zueinander. So umfasst Seniorenpolitik die Seniorenwirtschaft. Deshalb kann Seniorenwirtschaft nicht rein marktwirtschaftlich interpretiert werden, sondern muss unter der Perspektive von Teilhabegerechtigkeit politisch gesteuert werden.¹⁰

10. Kirche und Diakonie als „Lobby für das Alter(n)“

Kirchengemeinden sind Teil der Gesellschaft. Sie tragen Mitverantwortung für die Rahmenbedingungen einer generationensolidarischen Gesellschaft und für die Gestaltung des sozialen Friedens. Kirche und Diakonie haben als politische und zivilgesellschaftliche Akteure auch ein gesellschaftliches Wächteramt. Dazu gehört die Forderung gesellschaftlicher Verantwortung und Teilhabe für und bis in das Alter, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung.¹¹

9 Dazu: Deutscher Städte- und Gemeindebund; Älter werden in Deutschland, 2006; Land Nordrhein-Westfalen; Seniorenpolitische Leitlinien, 2010; Bundesministerium; Fünfter Bericht

10 Dazu: Deutscher Städte- und Gemeindebund; Älter werden in Deutschland; Land Nordrhein-Westfalen; Seniorenpolitische Leitlinien, 2010

11 Dazu: Evangelische Kirche im Rheinland; Stellungnahme zur Anhörung, 2009; Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland; Orientierungshilfe, 2009

3. „Suchet der Stadt Bestes“

3.1 Diakonie und Kirche denken und handeln sozialräumlich

Noch nie gab es eine Gesellschaft mit so hoher Lebenserwartung in weiten Teilen Europas, Amerikas und Asiens. Nie zuvor in der Menschheitsgeschichte haben sich Menschen in höherem Alter einer so guten Gesundheit erfreut wie heute. Wir leben in dieser veränderten Welt, aber wir haben die Auswirkungen einer Gesellschaft des langen Lebens noch längst nicht zur Gänze erfasst. Die in unserer Gesellschaft dominierenden Altersbilder werden der Vielfalt des Alters nur ungenügend gerecht, stellt der im November 2010 veröffentlichte Altenbericht der Bundesregierung fest¹². Noch immer, so der Bericht, wird das Bild des Alters geprägt von Krankheit und eingeschränkter Lebensqualität. Dies gilt für alle zentralen Bereiche der Gesellschaft, wie Bildung oder Wirtschaft, Medizin, Arbeitswelt oder Politik. Auch in Kirche und Diakonie zeigen die Altersbilder vor allem ein Negativspektrum.

Allerdings erkennt der Bericht auch Bewegungen: Altersbilder beginnen sich, wenn auch mühsam, zu verändern. Eine solche Veränderung dokumentiert für Kirche und Diakonie die 2009 veröffentlichte Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Im Alter neu werden können“¹³. Die Chance zum Neuwerden braucht eine differenzierte und milieuspezifische Altenarbeit, in der die einzelnen Altersphasen berücksichtigt werden. Eine solche neue Altenarbeit kann nur gelingen, wenn sie regional beziehungsweise lokal geplant und verantwortet wird. Deshalb braucht es dringend neue Kooperationen zwischen den traditionellen Ortsgemeinden, Bildungszentren und kirchlichen und diakonischen Einrichtungen der Region. Übergemeindliche Konzepte, die sich der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren öffnen, können auf Entwicklungen in unserer Gesellschaft angemessen reagieren. Stichworte für solche Entwicklungen sind etwa geringere Bindungsbereitschaft an Institutionen,

veränderte Wünsche in Bezug auf Autonomie, Anonymität, Bindung, Vertrautheit, Bereitschaft zum Engagement unter neuen Bedingungen.

„Suchet der Stadt Bestes“ (Jeremia 29, Vers 7) – mit diesen Worten ermutigt Gott durch den Propheten das Volk Israel in schwieriger Situation. Es lebt in einem fremden Land unter unwirtlichen Verhältnissen, mit Menschen anderen Glaubens, anderer Kultur und anderer Lebensweise. In einer Zeit solch großer Unsicherheit stellt sich für Israel die Entscheidung zwischen dem Rückzug in das Eigene, in die Abschottung. Oder der Öffnung hin zu etwas Neuem, zur bewussten Teilhabe und Mitgestaltung des Gemeinwesens. Der Prophet Jeremia ist eindeutig: „Baut Häuser und richtet euch darin ein! Legt euch Gärten an, denn ihr werdet lange genug dort bleiben, um zu essen, was darin wächst. (...) Seid um das Wohl der Städte besorgt und betet für sie! Denn wenn es ihnen gut geht, dann geht es auch euch gut.“ (Jeremia 29, Verse 5 bis 7). Israel hat diese ermutigende Verheißung aufgenommen und Lebensperspektiven gewonnen. Heute, 2500 Jahre später, sind die Worte weiter aktuell: Aufforderung an Christinnen und Christen, als Wirkende und Mitwirkende bei der Gestaltung öffentlicher Räume tätig zu sein, Verantwortung wahrzunehmen, sich um das Wohl der Städte (und Dörfer!) zu sorgen.

„Das Beste der Stadt suchen“ – viele Kirchengemeinden entdecken wieder, dass diakonisches Engagement substanziell zu ihrem eigenen Auftrag gehört und nicht ohne Schaden für die eigene Sache ausgelagert werden kann. Inzwischen gibt es überzeugende Beispiele für eine Öffnung von Kirchengemeinden in das Quartier hinein. Dazu gehören konkrete Projekte wie Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaften für Ältere, Demenzcafés oder die Entwicklung von Gemeindehäusern zu Begegnungs- und Servicezentren. Gemeinden, die sich diesen Herausforderungen stellen („caring communities“) existieren im öffentlichen Raum und beziehen sich auf

¹² Bundesministerium; Sechster Bericht

¹³ Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland; Orientierungshilfe 2009

ihn. „ Es bildet sich Gemeinschaft und Solidarität heraus, in der die Freiheit des Evangeliums konkrete Gestalt gewinnt und Menschen Heimat finden.“¹⁴

Aktuell ist die Frage nach den Lebensräumen alter Menschen in den Vordergrund gerückt. Die Offene Altenarbeit orientiert sich deshalb zunehmend an Gemeinwesen und Sozialräumen. Kirchlich-diakonischer Altenarbeit geht es immer um den einzelnen Menschen. Und zugleich gilt es, das gesamte sozial-

kulturelle Umfeld in den Blick zu nehmen und zu entwickeln. So trägt Altenarbeit im Gemeinwesen dazu bei, ältere und alte, aktive und hilfebedürftige Menschen nicht auszugrenzen, sondern in die Gesellschaft zu integrieren, Teilhabe zu ermöglichen: Aus Betroffenen werden Beteiligte, Befähigung erhält Vorrang vor Betreuung. Selbstorganisation, Hilfe zur Selbsthilfe und Partizipation werden gefördert und die Solidarität zwischen den und innerhalb der Generationen werden gestärkt.

¹⁴ Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland: Orientierungshilfe 2009, 86



Treffpunkt für Jung und Alt

Foto: Ulrike Pape / DWEKD

3.2 Daseinsvorsorge als gemeinwesen- diakonischer Auftrag

Das lokale Gemeinwesen als Aktionsraum für die Gestaltung des Gemeinde- und Nachbarschaftslebens rückt in den Blick und bekommt bei anstehenden Strukturveränderungen in Kirche und Diakonie zunehmende Bedeutung. Beide, Kirche und Diakonie, stellen sich den Zukunftsfragen von Menschen in ihren alltäglichen Lebenszusammenhängen.

Nur zusammen schaffen Kirche und Diakonie einen Aufbruch zu einem zukunftsfähigen diakonischen Gemeindeaufbau. Nur zusammen unterstützen sie mit ihren Beiträgen eine ganzheitliche integrierte Stadt- und Gemeindeentwicklungspolitik, die auf den sozialen Ausgleich im Gemeinwesen zielt.

Besonders für die oft überregional tätigen diakonischen Unternehmen in Bereichen der Alten-, Gesundheits-, Behinderten- und Jugendhilfe bieten sich neue Perspektiven, ihre Angebote gemeinwesenorientiert und im lokalen Kontext zukunftsfähig auszurichten und zu positionieren. Die Wiederentdeckung des Gemeinwesens (Kiez, Quartier, Dorfgemeinschaft) als gemeinsames Aufgabenfeld von Kirche und Diakonie bietet dazu neue Chancen.

Die gewachsenen vielfältigen Bemühungen der einzelnen Akteure gilt es zusammenzuführen und dabei das diakonische Profil von kirchlichem Leben vor Ort angesichts bestehender Herausforderungen neu zu bestimmen. Es geht um passgenaue lokale Partnerschaften, die zukunftsfähige Handlungsoptionen für „Kirche, Diakonie mit Anderen“ (KD+) im Sinne der Gemeinwesendiakonie entwickeln.¹⁵

Gemeinwesendiakonie entwickelt einen strategischen Ansatz, der auf soziale Notlagen reagiert und zugleich in einem sozial-räumlichen Handlungsrahmen handelt: Nachbarschaften werden aktiv gestaltet und befähigt, Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Die Chancen zur Selbsthilfe, Mitwirkung und Teilhabe wachsen.

Gemeinwesendiakonie gelingt besonders dort, wo diakonische Einrichtungen, regionale Diakonische Werke und Kirchengemeinden eng miteinander und mit anderen Akteuren gemeinwesenorientiert kooperieren.

3.3 Handlungsoptionen gemeinwesen- orientierter Altenarbeit

Im Hinblick auf den demografischen Wandel kommt der gemeinwesenorientierten Altenarbeit eine besondere Bedeutung zu. Sie leistet wichtige Beiträge für gelingende Gemeinschaft in Nachbarschaften und die Zukunftsfähigkeit von Gemeinwesen in einer älter werdenden Gesellschaft.

Sie setzt auf die Potenziale der älter werdender Menschen, stärkt deren Anliegen und verknüpft diese mit generationenübergreifenden Ressourcen im Gemeinwesen (Empowerment).

Sie stärkt das bürgerschaftliche Engagement von älteren Menschen, stützt und qualifiziert deren „soziales Kapital“ für gelingende Projekte und Aktionen im Gemeinwesen.

Sie aktiviert zivilgesellschaftliches Engagement für das Gemeinwesen, stärkt deren Netzwerke vor Ort und bringt sich in lokale Entwicklungspartnerschaften ein (Vernetzung).

Sie nutzt lokale Ressourcen von Kirche und Diakonie (personelle, räumliche, organisatorische) und bezieht überörtliche Dienste und Einrichtungen mit fachlich ausdifferenzierten Angeboten ein.

Sie richtet den Blick auf soziale Nahräume (Quartiere, Stadtteile, Dorfgemeinschaften) und leistet wesentliche Beiträge zur Befähigung von Gemeinwesen zum generationsübergreifenden Zusammenleben (Community Development/Organizing).

Sie kooperiert in trägerübergreifenden Netzwerken und bündelt Beiträge aller relevanten Fach- und Politikbereiche (Kultur/Sport/Gesundheit und andere) zur Ausgestaltung von generationengerechten Gemeinwesen.

Sie wirkt beim Aufbau lokaler Zentren im Gemeinwesen mit und nutzt räumliche Ressourcen für Selbstorganisation und altersspezifische Arbeit und Infrastruktur.

Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Ausgestaltung einer gemeinsamen Handlungsoption „Gemeinwesendiakonie“ durch Kirche und ihre Diakonie.

Sie bringt sich in fachübergreifende Planungsprozesse ein und lenkt besonderes Augenmerk auf sozialraumbezogene Altenhilfeplanung.

¹⁵ Horstmann/Neuhausen: Gemeinwesendiakonie

Altenarbeit im Gemeinwesen ist Motor für eine an Partizipation ausgerichtete Daseinsvorsorge und Daseinssicherung.

4. Dimension und Aufgaben gemeinwesenorientierter Altenarbeit

Dimension gemeinwesenorientierter Altenarbeit

1. Gemeinwesenorientierte Altenarbeit ist ein methodischer Ansatz moderner offener Altenarbeit: Er nimmt die sozialen Fragestellungen und Bedarfslagen alt werdender Menschen in den Blick und berücksichtigt dabei besonders ihre individuellen Möglichkeiten, Fähigkeiten und kulturellen Prägungen. Damit folgt gemeinwesenorientierte Altenarbeit der Grundüberzeugung, dass jeder älter werdende Mensch ein Recht hat auf Leben in Würde, auf individuelle Entwicklung und Förderung entsprechend seinen spezifischen Besonderheiten. Handlungskonzepte und Aktionspläne in der gemeinwesenorientierten Altenarbeit werden prozessorientiert mit und von den alt werdenden Menschen entwickelt. Die Einbindung in lokale Netzwerke und die Abstimmung mit den gegebenen örtlichen, sozialen, räumlichen, ökonomischen, ökologischen, rechtlichen und kulturellen Rahmenbedingungen sichert Nachhaltigkeit.

2. Alt werdende Menschen verfügen über Erfahrungen und Kompetenzen und leben mit gewachsenen Einstellungen. All dies würdigt die gemeinwesenorientierte Altenarbeit und nutzt es als Ausgangspunkt. Sie stärkt die Eigeninitiative der alt werdenden Menschen, erhält und fördert vorhandene Stärken und Potenziale, trägt dazu bei, dass alt werdende Menschen ihre Lebensbedingungen aktiv mitbestimmen und mitgestalten und zielt auf eine „Milderung von Problemen“, die durch das Alter entstehen. Gemeinwesenorientierte Altenarbeit ermöglicht so Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und fördert insbesondere eine autonome Bestimmung der individuell gewünschten Lebens- und Wohnbedingungen.

3. Gemeinwesenorientierte Altenarbeit setzt sich gesamtgesellschaftlich für die Belange und Bedürfnisse älter werdender Menschen und für sozio-strukturelle Entwicklungen im Sinne der Generationengerechtigkeit ein. Integrative und intergenerative, zielgruppen- und ressortübergreifende Arbeitsansätze stärken den Aspekt der Inklusion.

4. Die kommunale Daseinsvorsorge bildet den Rahmen, in dem die erforderlichen finanziellen, infrastrukturellen und personellen Voraussetzungen für die Inklusion geschaffen werden. Alle relevanten Partner und die Betroffenen entwickeln diesen Rahmen und seine Elemente in einem andauernden Prozess der Qualitätssicherung weiter.

Aufgaben und zentrale Handlungsfelder gemeinwesenorientierter Altenarbeit

5. Aufgaben gemeinwesenorientierter Altenarbeit sind insbesondere:

- Datenerhebung, Strukturanalyse, Bestandsaufnahme
Erhebung der Lebensbedingungen und Entwicklungs-, Veränderungs-, Partizipations- oder Unterstützungsbe-

dürfnisse älterer Menschen im fokussierten Gemeinwesen (beispielsweise aktivierende Zielgruppenbefragung, institutionelle Recherche, Befragung unspezifischer Kontaktgruppen im Gemeinwesen, Auswertung vorhandenen Datenmaterials der Sozial- und Planungsbehörden und von Verbänden).

Die sorgfältige Situationsanalyse ermöglicht einen Überblick über die Teilhabe und Beteiligungswünsche älterer Menschen im ausgewählten örtlichen Bezugsfeld. Sie gibt Hinweise auf Bedürfnis- und Ressourcenlagen (individuelle und infrastrukturelle) und kann beitragen, Ansätze für passgenaue Lösungen zu definieren. Sie bewirkt Transparenz, Datensicherheit und setzt Kommunikationsprozesse in Gang. Sie ist Ausgang für die Steuerung lokaler Angebotsentwicklungen.

■ Gemeinwesenorientierte Altenplanung

Gemeinwesenorientierte Altenarbeit wirkt an lokaler Altenplanung aktiv mit. Auf Grundlage von Befunden, Analysen und Bewertung von Entwicklungen gestaltet öffentliche, freie und unternehmerische Altenarbeit/Altenhilfe einen abgestimmten Prozess, der ein lokales Aktionsprogramm „Ältere Generation im Mittelpunkt – Miteinander der Generationen“ fortschreibt. Dazu bringt sich gemeinwesenorientierte Altenarbeit mit ihrer Kompetenz in integrierte Entwicklungs- und Aktionsplanung für Sozialräume ein. In solche Prozesse werden die vielfältigen Aktivitäten lokaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke (unter anderem in Sport- und Kulturvereinen, Selbsthilfegruppen) eingebunden.

■ Wahrnehmung der „Ombudsrolle“

Gemeinwesenorientierte Altenarbeit schafft und moderiert Beteiligungsmöglichkeiten und gesellschaftliches Engagement von älteren Menschen, um ihr Mitgestalten und Mitentscheiden in kommunalen, kirchlichen und politischen Strukturen zu gewährleisten (beispielsweise Vereine, Verbände, politische Parteien, soziale, auch generationenübergreifende Netzwerke).

Insbesondere werden Formen der Selbstorganisation gefördert und bereits bestehende bürgerschaftliche Kooperationen eingebunden (beispielsweise Mehrgenerationenhäuser, Aktiv im Alter, Alt-Jung-Projekte). Gemeinwesenorientierte Altenarbeit achtet darauf, dass Beteiligung und Engagement für unterschiedliche Kulturen und Traditionen geöffnet werden.

Partizipation verhindert die gesellschaftliche Ausgrenzung und Vereinsamung älterer Menschen. Sie wirken selbstbewusst an der Ausgestaltung ihrer Lebenswirklichkeit mit und bringen generationsübergreifend ihre Interessen ein. Ihre Erfahrungen und Potenziale tragen zur qualitativen Ausgestaltung kleinräumiger Netzwerkstrukturen bei.

Das intergenerative und politische Verständnis wächst und sichert nachhaltig den sozialen Frieden im Gemeinwesen. So unterstützt Partizipation kommunales Verwaltungshandeln und gibt älteren Menschen Sicherheit, möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld leben zu können.

6. Zentrale Handlungsfelder der gemeinwesenorientierten Altenarbeit:

■ Qualitative Wohnraumversorgung

Unterstützung bei der Beschaffung und Erhaltung von bedarfsgerechtem Wohnraum. Dazu gehören Wohnberatung und Wohnungsanpassung sowie Leistungen zur Gestaltung eines sicheren Wohnumfeldes und Quartiermanagement.

Gemeinwesenorientierte Altenarbeit bewirkt durch die sozialräumliche Arbeitsweise, dass sich unterstützende Netzwerke entwickeln. Die Fachberatung trägt dazu bei, dass ältere Menschen möglichst lange in ihren Wohnungen verbleiben können. Alternativ begleitet gemeinwesenorientierte Altenarbeit die bedarfsgerechte Entwicklung von innovativen Wohnformen wie intergenerativen Wohnmodellen, Mehrgenerationenwohnen, betreuten Wohnformen. Psychisch veränderte und demenziell erkrankte Menschen finden so adäquate Angebote zum Verbleib im räumlichen Bezugfeld.

■ Beratung, Information, Vermittlung, Case- und Caremanagement (Fall- und Systemmanagement)

Beratung und Unterstützung in allen Fragen der Inanspruchnahme altersgerechter Dienste in Form von Lotsendiensten durch die Vielfalt der Angebote, beispielsweise haushaltsnahe Dienstleistungen, niederschwellige Angebote der Begleitung und Betreuung, Tages- und Kurzzeitpflege und/oder Mobilitätshilfen, organisierte und bedarfsgerechte Hilfeleistungen (Casemanagement) in Verbindung mit einem Versorgungsmanagement in Form von Kooperationen zwischen allen beteiligten Akteuren (Caremanagement).

Gemeinwesenorientierte Altenarbeit bewirkt einen hohen Informationsgrad bezüglich verfügbarer Dienstleistungen im Gemeinwesen. Sie kooperiert mit Diensten und Einrichtungen, insbesondere Kontakt- und Beratungsstellen sowie Pflegestützpunkten. Alte Menschen und ihre Angehörigen erhalten wohnortnah alle verfügbaren Informationen über passgenaue Hilfen. Dies schafft Transparenz und eine hohe Sicherheit. Zentrale kommunale Fachdienste profitieren von ressortübergreifenden Lösungen vor Ort, so dass Doppelleistungen vermieden werden.

■ Sozial-kulturelle Bildung

Schaffung und Erhalt von Möglichkeiten, den Bedürfnissen alter Menschen nach Bildung und Kultur, Kommunikation und Geselligkeit gerecht zu werden. Ihre aktive Teilnahme wird gefördert. Gesellschaftliche Teilhabe wirkt Vereinsamungs- und Ausgrenzungsprozessen entgegen. Alte Menschen bleiben lange fit und sozial integriert. Ansätze des lebenslangen Lernens (etwa in Kooperation mit gut erreichbaren Bildungsangeboten der verschiedenen Träger) vermitteln Sinn und Lebensqualität und wirken präventiv. Alte Menschen vermitteln ihr Wissen an andere Generationen weiter, beispielsweise als senior experts, Seniorentainerinnen und -trainer, Seniorenbegleiterinnen und -begleiter. Die nachbarschaftliche Aufmerksamkeit wird gestärkt.

■ Psychosoziale Begleitung und Gesundheitsprävention

Vermittlung von Leistungen, die körperliche und seelische Gesundheit erhalten und sich an den Bedürfnissen älterer Menschen orientieren. Dazu gehören unter anderem psychosoziale Begleitung, Gesprächs- und Bewegungsangebote, Seelsorge und eine Beratung, die sich nicht an Defiziten, sondern an Potenzialen orientiert.

Diese Angebote wirken krisenhaften Entwicklungen im Alter und demenziellen Entwicklungen entgegen. Primäre und sekundäre Gesundheitsprävention entlasten Solidargemeinschaften und Versicherungen. Rechtzeitige Kriseninterventionen beugen Alterssuiziden vor.

7. Öffentlichkeitsarbeit

Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, um Akzeptanz für die Belange älterer Menschen zu schaffen.

Gemeinwesenorientierte Altenarbeit wirkt sich aktivierend auf das Generationengefüge aus und verlangt nach gesellschaftlichen Vermittlungs- und politischen Aushandlungsprozessen. Sie bewirkt eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Altersfragen. Verwaltungen und Politik sehen die Überprüfung von Handlungs- und Entscheidungswegen im Hinblick auf den gesellschaftlichen Wandel als Querschnittsaufgabe.

Die Basis der vorstehenden Überlegungen bildet § 71 des Sozialgesetzbuches (SGB) Band XII zur „Altenhilfe“. § 71 ist unter 8.1 Gesetzestext abgedruckt.

5. Das Dilemma einer nicht nachhaltigen Finanzierung

Die Schwäche der Pflegeversicherung

Seit Einführung der Pflegeversicherung 1995 stehen Angebote der gemeinwesenorientierten Altenarbeit vor besonderen Herausforderungen. Die Pflegeversicherung konzentriert sich im Hinblick auf ältere Menschen besonders auf deren Pflegebedürftigkeit: Finanzielle Unterstützung für Menschen mit Pflegebedarf ist klar geregelt. Die gesetzlich ebenfalls zugesicherte Sicherstellung von Teilhabe wird aber in den Pflegeentgelten nicht abgebildet. In der Regel werden deshalb fallunspezifische und fallübergreifende Kosten nicht übernommen.

Vor 1995 lag die Verantwortung sowohl für pflegebedürftige als auch für nichtpflegebedürftige ältere Menschen bei den Kommunen. Heute, nach der Etablierung der Pflegeversicherung, sind Angebote, die sich an alle älteren Menschen wenden, aus der Pflicht und aus dem Fokus der Kommunen geraten. Angebote gemeinwesenorientierter Altenarbeit haben es deshalb viel schwerer als früher, Mittel der Kommunen zu erhalten. Eine teilhabeorientierte Lebensgestaltung, die die Selbsthilfepotenziale aufrecht erhält und stärkt, hängt immer stärker ab von der finanziellen Beteiligung der älteren Menschen selbst. Das führt zu einer deutlichen Benachteiligung armer älterer Menschen.

Die allgemeine Daseinsfürsorge als „weicher“ Faktor mit hoher Unverbindlichkeit

Aus Sicht der Kommunen verpflichten die Sozialgesetzbücher (SGB) nicht dazu, Strukturen der gemeinwesenorientierten Altenarbeit einzurichten und zu erhalten. Zwar schreiben die Gemeindeordnungen den Städten und Gemeinden die „allgemeine Daseinsfürsorge“ vor, also gute Lebensbedingungen für Bürgerinnen und Bürger jeden Alters. Ein individueller Rechtsanspruch für eine gemeinwesenorientierte Altenarbeit lässt sich aber daraus nicht ableiten. Haushaltsmittel dafür sind vielmehr Kann-Leistungen der Kommunen. Daher liegt es in der Verantwortung der einzelnen Kommu-

nen, im Rahmen ihrer Haushaltspolitik Kann-Leistungen und Pflichtleistungen, die im pflichtmäßigen Ermessen der Kommunen stehen, zum Beispiel die Altenhilfe nach § 71 SGB XII, zu finanzieren.

Die verkannte präventive Wirkung von Altenarbeit im Gemeinwesen

Die schlechte Finanzsituation schränkt viele Kommunen in ihrem Gestaltungsspielraum ein. So werden überschuldete Kommunen durch die Kommunalaufsicht dazu verpflichtet, für einen fest definierten Zeitraum jährliche Einsparungen zu realisieren. Von diesen Einsparungen sind dann alle kommunalen Kann-Leistungen betroffen, so dass bestehende Angebote zurückgefahren werden müssen und kein Spielraum für neue Angebote bleibt. Dies trifft auch die gemeinwesenorientierte Altenarbeit. Bei diesen Einsparungen wird nicht berücksichtigt, welche späteren Ausgaben Prävention durch gemeinwesenorientierte Altenarbeit verhindert, beispielsweise Folgekosten für die Kommunen, die bei Unterstützungsleistungen für pflegebedürftige Bürgerinnen und Bürger entstehen.

Die Ambivalenz von Förderprogrammen, fehlende Kontinuität und Verlässlichkeit

In wenigen Kommunen ist die gemeinwesenorientierte Altenarbeit im Haushalt fest verankert (vergleiche Praxisbeispiel unter 6.7 Düsseldorf). Allein ein eigener Haushaltstitel aber sichert den nachhaltigen Bestand von Angeboten, selbst wenn dieser Titel nur als Sockelfinanzierung dient und durch Kofinanzierungen aufgestockt werden muss.

Gemeinwesenorientierte Altenarbeit kann an einige Landes- und Bundesprogramme anknüpfen. Sie setzen Anreize, gemeinwesenorientierte Angebote einzurichten, zu bündeln oder zu vernetzen und dienen als Anschubfinanzierung, die zeitlich befristet gewährt wird. In diesem Kontext ist etwa das 2007 in Rheinland-Pfalz gestartete Landesprogramm „Gut Leben

im Alter“ zu nennen, mit dem Aktivitäten für ältere Menschen im Bundesland gebündelt werden. Auf Bundesebene finden sich Programme wie das abgeschlossene Projekt „Aktiv im Alter“, das Kommunen mit Zuschüssen zu Runden Tischen unterstützte, die die Aktivitäten der offenen Altenarbeit koordinieren. Auch das Aktionsprogramm der Mehrgenerationenhäuser und das Projekt Soziale Stadt konnten für Angebote der Altenarbeit genutzt werden. Wie jede Förderung durch ein Bundesministerium sind auch diese Programme zeitlich befristet. Sie können wichtige Impulse geben, bilden aber keine verlässliche Finanzierung für Angebote einer Altenarbeit im Gemeinwesen. Denn die angestoßenen Projekte werden nach Ablauf des Förderzeitraumes trotz messbarer Erfolge häufig nicht fortgeführt.

Unabgestimmte Förderstrategien zwischen den politischen Ebenen

Gemeinwesenorientierte Altenarbeit findet gegenwärtig in den einzelnen Kommunen auf Basis ganz unterschiedlicher Finanzierungsmodelle statt. Nicht überall folgen die Kommunen dem Grundsatz: Je mehr alte Menschen in einer Kommune leben, umso mehr muss auch in deren Unterstützung und Aktivierung durch Altenarbeit im Gemeinwesen investiert werden.

Selten finanziert sich gemeinwesenorientierte Altenarbeit allein aus Mitteln der Kommune, des Landes oder Bundes. In der

Regel wird ein finanzieller Sockel, wenn es ihn gibt, durch Trägeranteile, Beiträge von Seniorinnen und Senioren und weitere Mittel ergänzt. Fast immer ermöglicht also erst ein jeweils individuell ausgehandelter Finanzierungsmix die Angebote.

Kirche und Diakonie bieten auf vielfältige Weise gemeinwesenorientierte Altenarbeit an und beteiligen sich mit eigenen Mitteln an deren Finanzierung. Strukturdiskussionen innerhalb der Kirche und zurückgehende Kirchensteuern erschweren es an manchen Orten aber, dieses Arbeitsfeld mit eigenen Ressourcen auszustatten. Zusätzlich öffnen sich nicht alle kirchlichen und diakonischen Angebote konsequent in Richtung des Gemeinwesens. Dies wird aber in Zukunft verstärkt notwendig sein, um als Akteur vor Ort wahrgenommen zu werden.

Wie kann es weiter gehen?

Neben den aufgeführten allgemeinen Grundzügen zur Finanzierung gemeinwesenorientierter Altenarbeit gibt es in einigen Kommunen und bei manchen Trägern sehr innovative Finanzierungsmodelle für diese Arbeiten. Einige werden im folgenden Kapitel beispielhaft vorgestellt. Sie sind zwar jeweils regional begrenzt, bieten aber Anregungen für Diskussionen der Anbieter gemeinwesenorientierter Altenarbeit vor Ort mit kommunalen und anderen Verantwortungsträgern.

6. Sieben kreative Beispiele aus der Praxis

Die nachfolgenden Praxisbeispiele bieten einen Einblick in einige Konzepte und Umsetzungsstrategien von gemeinwohlorientierter Altenarbeit und deren Finanzierungsmodelle. Jedem Praxisbeispiel schließt sich ein Resümee mit dem Hinweis auf eventuelle Problemlagen an.

1. Rathenow (Brandenburg)

Diakonisches Werk Havelland e. V.: Seniorenbegegnungsstätte „Insel“ Rathenow

– Regionale Öffnung und Entwicklungsstrategien im ländlichen Raum –

2. Nürnberg

Stadtmission Nürnberg e. V.: Seniorenzentrum am Tiergärtnertor

– Öffnung eines diakonischen Wohlfahrtsverbandes im großstädtischen Raum: Vernetzte Strategie –

3. Werther (Nordrhein-Westfalen)

Evangelisches Johanniswerk e. V.

– Ambulantisierungsstrategie einer Einrichtung –

4. Remscheid-Hohenhagen

Evangelische Johannes-Kirchengemeinde Remscheid und Evangelische Alten- und Krankenhilfe Remscheid e. V.: Wohnquartier

– Quartiersentwicklungsstrategie im Kooperationsverbund –

5. Mülheim an der Ruhr-Saarn

Evangelische Kirchengemeinde Mülheim an der Ruhr-Saarn: Seniorennetzwerkarbeit Saarn

– Entwicklungsstrategie einer Kirchengemeinde –

6. Köln

Johannes Seniorendienste Köln: Quartiersarbeit durch ein Pflegeheim

– Pflegesatzgestützte Strategie –

7. Düsseldorf

Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonie in Düsseldorf, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Arbeiter-Samariter-Bund,

Deutsches Rotes Kreuz, Kaiserswerther Diakonie, Stiftung Angermund: „zentrum plus“ – gemeinsam aktiv für das Alter – Kommunale Sozialraumstrategie im großstädtischen Raum und Trägerkooperation –

6.1 Rathenow: Regionale Öffnung und Entwicklungsstrategien im ländlichen Raum

Seniorenbegegnungsstätte „Insel“ Rathenow

Träger: Diakonische Werk Havelland e. V.

Bundesland: Brandenburg

Landkreis: Havelland

Ausgangslage

Im Land Brandenburg gelegen, westlich von Berlin und grenzend an Sachsen-Anhalt, ist der Landkreis Havelland Heimat für 155.141 Menschen. Der Zuständigkeitsbereich der Seniorenbegegnungsstätte ist die Stadt Rathenow mit sechs umliegenden Gemeinden.

Schon bei der Gründung des Diakonischen Werkes Havelland lag der Focus der Aktivitäten nicht nur im Hilfebereich pflege- und hilfebedürftiger alter Menschen, im Blick war die Situation älter werdender Menschen insgesamt. Die Gründung einer Seniorenbegegnungsstätte war die Konsequenz der Situationsanalyse und Ausdruck einer Sicht auf Bedürfnisse und Anforderungen älter werdender Menschen, die nicht ausschließlich Pflege und Bedürftigkeit als Kriterium des Alters postulierte, sondern Altern als schicksalhaften Prozess der Menschen anerkennt. Diese Sichtweise schließt die Selbstorganisation von Senioren ebenso ein wie eine Stärkung und Förderung vorhandener Potenziale und schafft so die Möglichkeit von Partizipation am gesellschaftlichen Leben und die Akzeptanz selbstbestimmten Lebens bis zum Tod.

Der Landkreis Havelland beschreibt seine zukünftigen Aufgaben in den „Strategien der Kreisentwicklung“ wie folgt:

„Die Ausrichtung der Landesplanung und auch der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg sowie die Ausrichtung des demografischen Wandels und sinkender Zuschüsse von EU, Bund und Land machen ein Umdenken in Richtung eines noch effizienteren Mitteleinsatzes erforderlich. Dabei soll ein möglichst gleichwertiges Leistungsangebot beibehalten werden beziehungsweise eine Anpassung an neue Bedarfsstrukturen im Bereich der Daseinsvorsorge erfolgen. Hierfür ist eine Handlungsgrundlage mit Zielsetzungen für die fachliche Arbeit auf Landkreisebene bis zum Jahr 2020 unabdingbar.“

Finanzierung

Grundlage der Seniorenbegegnungsstätte ist ein Finanzierungsmix verschiedenster Quellen (vergleiche Landesfinanzierungsgesetz Brandenburg in der Fassung vor dem Jahr 2002):

- Landkreisförderung: 85 Prozent der Personalkosten; jährlich neu zu beschließen
- Eigenmittel des Trägers: Betriebskosten der Räume, Sachmittel, Restmittel der Personalkosten
- Kollektenmittel der Landeskirche: Sachmittel, Anschaffungen (beispielsweise von Autos)
- Unterstützung von Bildungsangeboten wie Fahrten
- Kirchengemeinden: indirekt als Träger des Vereins durch Mitgliedsbeiträge
- Förderverein: Unterstützung Sachmittel, projektbezogen
- Teilnehmerbeiträge in Form von Spenden: entsprechend dem Spendenzweck, zum Beispiel projektbezogen
- Bundes- und Landesförderung: Arbeitsmarktpolitische Instrumente wie ABM
- 50 Plus und andere
- Sonstige: Ehrenamtliche Arbeit, Schülerpraktikanten, Erbringer von Sozialstunden

Begünstigende Faktoren

- Gründung des Diakonischen Werkes Havelland nach dem Ende der DDR

- Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung im Gemeinwesen
- Wahrnehmung der Situation der Menschen vor Ort
- Nutzung arbeitsmarktpolitischer Rahmenbedingungen
- Bereitstellung finanzieller Mittel für den Bereich gemeinwesenorientierter Altenarbeit

Resümee

Der Leistungserbringer trägt das wirtschaftliche Risiko für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe weitgehend allein. Der Landkreis nimmt die sich verändernde demografische Situation zum Anlass, Angebote für eine wachsende Bevölkerungsgruppe, Senioren, zu implementieren und zu verstetigen. Die Förderung ist eine freiwillige Leistung des Landkreises, die jährlich neu beantragt werden muss. Die Unterstützung durch die Evangelische Landeskirche ist abhängig von Spenden. Eigenmittel des Trägers ergeben sich aus den Mitgliedsbeiträgen, Teilnehmerbeiträgen und sonstigen Mitteln. Bundes- und Landesförderungen sind projektbezogen und zeitlich befristet. Der Verein entspricht durch die Qualifizierung seiner Mitarbeitenden, einer Fülle



Nachbarn kennen und begegnen sich

Foto: Anja Reiffert

von Angeboten und einem hohen Bekanntheitsgrad den Anforderungen an zeitgemäße Sozialarbeit im Bereich der Seniorenarbeit. Die gemeinwesenorientierte Altenarbeit trägt dazu bei, alternden Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Stärken und Potenziale zu erhalten und zu fördern, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen sowie Probleme, die durch das Alter entstehen, zu mildern, um so ein Verbleiben im gewohnten Lebens- und Wohnumfeld zu ermöglichen. Damit wirkt die gemeinwesenorientierte Altenarbeit langfristig kostenreduzierend innerhalb der sozialen Sicherungssysteme und der kommunalen Haushalte.

Empfehlungen

Gemeinwesenorientierte Altenarbeit gehört zur Daseinsvorsorge. Sie muss Pflichtaufgabe von Land und Kommune sein. Finanzielle Ressourcen für anstehende Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge sind notwendigerweise zu erschließen,

die Einführung eines eigenständigen Haushaltstitels „Gemeinwesenorientierte Altenarbeit“ als Basisbudget ist dabei ein wichtiger Baustein und führt von der „beliebigen“ zu einer nachhaltigen Finanzierung. Die enge Kooperation von Leistungserbringern und Kostenträger bei der Weiterentwicklung neuer Bedarfsstrukturen im Bereich der gemeinwesenorientierten Altenarbeit (im Landkreis Havelland) muss auch zu einer verlässlicheren Planung des Leistungserbringers führen: Wenn Konzept und Qualität des Leistungserbringers den Anforderungen der Kommune entsprechen, sollte eine sichere Finanzgrundlage, etwa ein „Basisbudget gemeinwesenorientierte Altenarbeit“ im Haushalt des Landkreises eingestellt werden. Der „Versorgungsauftrag“ sollte nicht durch enge zeitliche Vorgaben, beispielsweise auf ein Jahr begrenzt, sondern analog zur stationären Altenhilfe mit Kriterien wie Bedarf, Fachlichkeit und/oder Qualität unterlegt und perspektivisch angelegt sein.

Träger	Diakonisches Werk Havelland e. V.
Sozialraum	Rathenow und 6 ländliche Gemeinden
Räumlichkeiten Fuhrpark	Eine Wohnung mit 3 Zimmern, zweckmäßig eingerichtet 2 Kleinbusse + 2 PKW
Personal	1,5 Stellen Hauptamtliche 15 Ehrenamtliche 1 Zivildienstleistender 2 Mitarbeiterinnen (Kommunalkombi) Schülerpraktika sowie junge Menschen, die ihre Sozialstunden ableisten
Anzahl Besucher	Wöchentlich etwa 250 Besucherinnen und Besucher. Menschen, die autonome oder betreute Gruppen besuchen.
Angebote	Essen auf Rädern (100), Männerfrühstück, Seniorensportgruppe, Würfelgruppe, Kleiderkammer, Fahrdienst zum Wochenmarkt, Besuche im Krankenhaus, Fahrdienste, Wohnberatung und vieles mehr Geselliges Beisammensein, jahreszeitlich orientierte Veranstaltungen, beispielsweise elf Adventsfeiern Die Angebote bieten den Besucherinnen und Besuchern einen Rahmen, der ihnen den Zugang zu Kontakten und die Zugehörigkeit zu einer Gruppe ermöglicht. Die Begegnungsstätte organisiert Seniorennachmittage für die Kirchengemeinden in den ländlichen Gemeinden vor Ort oder in ihren eigenen Räumlichkeiten. Pfarrer kommen gegebenenfalls zu den Veranstaltungen dazu.
Kooperationen	Die Begegnungsstätte ist vielseitig vernetzt. Besucherinnen und Besucher werden ermutigt, auch Angebote von anderen Trägern zu nutzen. Vernetzungspartner: Diakonisches Werk Havelland intern, Kirche, Kommune, Nachbarschaftshilfe, andere Wohlfahrtsverbände
Wie hat es angefangen?	Bevor die jetzigen Mitarbeitenden dazu gestoßen sind, gab es bereits die Räumlichkeiten und einzelne Angebote. Die derzeitigen Mitarbeitenden haben neue Angebote in Form von Projekten eingeführt und kreierten neue Angebote aus den geäußerten Bedürfnissen der Besucherinnen und Besucher heraus (zum Beispiel Fahrdienst zum Wochenmarkt). Es hat drei bis vier Jahre gedauert, bis die Begegnungsstätte ihr hohes Niveau erreichte. Sehr hilfreich war die Unterstützung bei der Beschaffung der Fahrzeuge (Fördermittel) durch das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg

6.2 Nürnberg: Öffnung eines diakonischen Unternehmens in großstädtischem Raum

Seniorenzentrum am Tiergärtnertor

Träger: Stadtmission Nürnberg e. V.

Bundesland: Bayern

Stadt: Nürnberg

Das Seniorenzentrum der Stadtmission ist in Nürnberg die größte evangelische Begegnungsstätte für Senioren und eine von mehreren großen Begegnungsstätten unterschiedlicher Träger in der Stadt (500.000 Einwohner).

Ausgangslage

Die Stadtmission Nürnberg e. V. hat im Jahr 1964 den ersten „Altenclub“ Nürnbergs gegründet. Daraus hat sich im Lauf von nun mehr als 45 Jahren ein umfassendes Angebot der Offenen Altenhilfe mit den Bereichen Beratung, Begegnung, Bildung entwickelt.

Der Träger hält nach wie vor daran fest, Offene Altenhilfe trotz zunehmend schwieriger werdenden Rahmenbedingungen als unverzichtbares Angebot zu finanzieren.

Menschen vor Eintritt von Pflegebedürftigkeit werden als eigenständige und wichtige Zielgruppe wahrgenommen.

Finanzierung

Das Seniorenzentrum am Tiergärtnertor wird durch einen vielfältigen Finanzierungsmix getragen. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

- Landeskirchliche Mittel
- Kommunalen Zuschuss für Offene Altenarbeit (hier nimmt die Stadt Nürnberg die Aufgaben nach § 71 Sozialgesetzbuch XII wahr)
- Zuschuss der Landesregierung Bayern (Fachstelle für pflegende Angehörige im Rahmen des bayerischen Netzwerkes Pflege)
- Eigenmittel des Trägers
- Teilnehmerbeiträge (beispielsweise für Bildungskurse)
- Zuschüsse des Diakonischen Werkes Bayern
- Projektmittel

Begünstigende Faktoren

Lange Tradition der Offenen Altenarbeit innerhalb der Stadtmission Nürnberg



Ort der Begegnung im Quartier

Foto: Anja Reiffert

- Das Angebot der Offenen Altenhilfe ist integriert in den Fachbereich Senioren der Stadtmission mit Ambulanten Dienst, Pflegeeinrichtungen und Altenheimseelsorge

- Seniorenberatung und Fachstelle für pflegende Angehörige als elementares Angebot

- Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung im Gemeinwesen

- Wahrnehmung der Situation der Menschen vor Ort

Resümee/ Empfehlungen

Finanzierung:

- Gemeinwesenorientierte offene Altenhilfe wird künftig nur durch einen gut durchdachten Finanzierungsmix zu finanzieren sein.

- Wichtig ist, dass dabei der Anteil der landeskirchlichen Mittel wie auch der Anteil der Kommunen nicht weiter gekürzt werden.

Sozialräumliche Perspektive:

- Die guten Kooperationen mit den Kirchengemeinden und zum Beispiel die Vernetzung im Rahmen des Seniorennetzwerkes Johannis sind beizubehalten oder auszubauen.

- Beratungsstelle als Kernangebot im Seniorenzentrum ist enorm wichtig. Alle Begegnungsstätten, die täglich geöffnet sind, sollten eine Informations- und Beratungsstelle anbieten.

- Die Angebote des Seniorenzentrums, beispielsweise Beratung oder Informationsvorträge, werden auch ehrenamtlich geleiteten Altenclubs verfügbar gemacht.

Träger	Stadtmission Nürnberg e. V.
Sozialraum	Stadtgebiet Nürnberg (500.000 Einwohner) und nähere Umgebung
Räumlichkeiten	230 m ² mit Saal, Seminarraum, PC-Raum, Cafeteria und Büros
Personal	3 Diplom-Sozialpädagogen eine Verwaltungsstelle 15 Ehrenamtliche 15 Honorarkräfte ein Praktikantin (Sozialwesen)
Anzahl Besucher	Wöchentlich etwa 350 Besucherinnen und Besucher zum Beispiel über 1.000 telefonische Kontakte alleine in der Seniorenberatung
Angebote	Bildungsprogramm Begegnungsstätte Beratung und Information Angehörigenberatung und -gruppe Heimplatzvermittlung Fort- und Weiterbildung für Ehrenamtliche Cafeteria und Mittagstisch Internetcafé Schreibwerkstatt Kulturführerschein Tagesausflüge/Freizeiten Projekte
Kooperationen	Seniorenzentrum ist Partner im Seniorennetzwerk Johannis Vernetzung mit anderen Anbietern in Nürnberg (Kommune, Wohlfahrtsverbände) Mitarbeitende des Seniorenzentrums sind in unterschiedlichsten regionalen und überregionalen Gremien vertreten, etwa Arbeitskreis Beratung und offene Altenarbeit des Nürnberger Forums Altenhilfe

6.3 Werther: Ambulantisierungsstrategie einer Einrichtung

Eine Wohnanlage mit 17 behindertengerechten und barrierefreien Wohnungen sowie einer Pflegewohngruppe mit acht Plätzen für Menschen mit einem höheren Pflege- und Betreuungsbedarf

Träger: Evangelisches Johanneswerk e. V.
Bundesland: Nordrhein-Westfalen
Stadt: Werther

Ausgangslage

Auch in der Stadt Werther hat die demografische Entwicklung die Diskussion um neue Wohnformen und Wohnstile eröffnet. In Werther existiert neben einer stationären Senioreneinrichtung mit 57 Plätzen auch ein umfassendes ambulantes Angebot. Diese Hilfeleistungen umfassen die traditionelle ambulante Pflege wie auch moderne Hilfeleistungen in neuen Wohnformen.

Eine Bedarfsanalyse wies in Werther eine Unterdeckung von Betreuungsplätzen für Menschen mit Beeinträchtigungen auf. Dies war Anlass für das Evangelische Johanneswerk, über ein weiteres Angebot der quartiersnahen Versorgung im Kreis Gütersloh nachzudenken. In die Überlegungen wurde ein privater Investor einbezogen, der zu diesem Zeitpunkt für die Bebauung eines im Zentrum von Werther gelegenen Grundstücks auf der Suche nach einer Nutzung war. Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die im Johanneswerk vorhandenen Erfahrungen in Sachen barrierefreies und behindertengerechtes Bauen schon zu Beginn der Planungen mit umgesetzt werden konnten. Die Berücksichtigung renditeorientierter Wünsche des Investors als auch fachliche Aspekte einer alten- und behindertengerechten Gestaltung wurde über den Weg der frühzeitigen Kooperation sichergestellt.

Finanzierung

Sozialgesetzbuch (SGB) V, XI, XII

Resümee/ Empfehlungen

Die Vorteile des Anbieters von Hilfeleistungen liegen bei einem derartigen Modell in einem relativ geringen finanziellen Aufwand. Jedoch wird dieser Vorteil durch entsprechende Mietgarantien, die häufig vom Investor verlangt werden, relativiert. So war auch in Werther eine mehrjährige Mietgarantie für

einen Teil der Wohnungen Bestandteil des Kooperationsvertrages.

Für ein ambulantes Projekt ist der Start mit einer neuen Immobilie eine große Chance. Zum einen lassen sich unterschiedliche Bedürfnisse aller Beteiligten frühzeitig miteinander ausloten, um so den größtmöglichen Nutzen für alle zu erzielen. Zum anderen ist, wie in unserem Fall, eine Großbaustelle mitten in einer Kleinstadt eine nicht gering zu schätzende Werbung, die schon weit vor der eigentlichen Aufnahme der ambulanten Arbeit für Aufmerksamkeit sorgt.

Dieser Werbewirkung war es zu verdanken, dass erste Beratungsgespräche mit Interessenten schon ein Jahr vor Fertigstellung geführt werden konnten. Die so erreichte Möglichkeit, die Belegung der Wohnungen und Apartments in der Wohngruppe steuern zu können, verhalf dem ambulanten Dienst dazu, schon zu Beginn seiner Tätigkeit eine hohe Nachfrage im Objekt vorzufinden.

Der Wunsch nach einer Wohnung mit Versorgungssicherheit war schon zu Beginn sehr hoch. Nachfragende waren sowohl Menschen mit einem akutem Bedarf als auch Bewerberinnen und Bewerber, die eine Absicherung ihres altersbedingten Risikos anstrebten. Die Suche nach Mietern der Apartments innerhalb der Wohngruppe gestaltete sich nicht so einfach. Neben einem höheren Hilfebedarf sollte der Mieter Spaß und Interesse am Zusammenleben mit anderen in einer Wohngruppe haben. Bei den hierzu stattfindenden Beratungsgesprächen war es wichtig, Ängste vor dem Unbekannten zu nehmen und ein Bild einer Lebenswirklichkeit seriös aufzuzeigen.

Sowohl aus wirtschaftlichen wie auch aus fachlichen Gründen hat sich die Kombination aus Wohngruppe in Verbindung mit barrierefreien Wohnungen in einem Objekt als sinnvoll herausgestellt. Ziel hierbei sollte es sein, mit der Konstanz der in der Wohngruppe benötigten Hilfen auch ein verlässliches und dauerhaftes Angebot in den Wohnungen anbieten zu können, ohne dabei ein allzu hohes finanzielles Risiko zu tragen.

Problemlagen

- Refinanzierung der 24-Stunden-Versorgung
- Refinanzierung der Gemeinwesenarbeit
- Rechtliche Rahmenbedingungen innerhalb der Sozialgesetzbücher

- Verhandlungen mit kommunalen Kostenträgern zu Leistungen des SGB XII
- Akquise ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer gestaltet sich schwierig



Miteinander sprechen über meine und deine Welt Foto: Anja Reiffert

Träger	Evangelisches Johanneswerk e. V.
Sozialraum	Kleinstädtischer Bereich (10.000 Einwohner), ländliche Umgebung Einzugsbereich: Innenstadt Werther/Westfalen
Räumlichkeiten	Eine Wohngemeinschaft für 8 Menschen mit hohem Hilfebedarf 16 Wohnungen barrierefrei Großes Wohncafé als Treffpunkt für die Mieterinnen und Mieter Fuhrpark steht nicht zur Verfügung, Mitarbeitende arbeiten fußläufig oder mit dem Fahrrad im Quartier
Personal	2,34 Vollzeitkräfte Pflege 0,58 Vollzeitkräfte Nachtbereitschaft 0,25 Vollzeitkräfte Soziale Arbeit Ehrenamtliche
Anzahl Besucher	Besucher sind in der Regel Angehörige und Nachbarn sowie ehrenamtlich Engagiert. Wie viele es sind, wird nicht gezählt.
Angebote	Gemeinsamer Mittagstisch Geburtstagsfeiern Gemeinsame Veranstaltungen, die mit Unterstützung der Sozialfachkraft in weiten Teilen selbstorganisiert durchgeführt werden Bildung eines Mieterrats, neutral moderiert, der die Belange aller Mieterinnen und Mieter vertritt und aushandelt Wöchentlich stattfindende Seniorengymnastik des Vereins „Fit für 100“ Begleitung zu Veranstaltungen, beispielsweise dem Seniorentreff Haus Tiefenstraße
Kooperationen	Evangelische Kirchengemeinde Werther (Haus Tiefenstraße) Jacobistift Sportverein „Fit für 100“ Apotheke
Besonderheiten	Multiprofessionelles Team, das alle Menschen mit Assistenzbedarfen im Umkreis von etwa einem Kilometer um das Wohnprojekt herum versorgt Sehr aktive Mietergemeinschaft, die durch einen neutralen Bürgermoderator nach außen hin vertreten wird Solidarität und Teilhabe aller Mieterinnen und Mieter im Wohnprojekt Hohe Eigeninitiative der Mieterinnen und Mieter Gut funktionierende Teamstrukturen Sozialfachkraft kann bei Bedarf Leistungen gemäß § 53 SGB XII (sogenannte Eingliederungshilfe) für psychisch, körperlich und geistig behinderte Menschen oder Menschen mit einer Suchterkrankung erbringen (Unterschied zu anderen ambulanten Pflegediensten, deren Leistungen sich auf die Pflege beschränken) Gründung eines Aktionsbündnisses für die Nachbarschaft unter Beteiligung unterschiedlichster Gruppen in der Stadt (Sportvereine, Kaufmannschaft, Initiativen)

6.4 Remscheid-Hohenhagen: Quartiersentwicklung durch Kooperation

WohnQuartier⁴ = Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten

Träger: Evangelische Johannes-Kirchengemeinde Remscheid und Evangelische Alten- und Krankenhilfe Remscheid e. V.

Bundesland: Nordrhein-Westfalen

Kommune: Remscheid

Hohenhagen ist ein relativ homogener Stadtteil mit etwa 6.500 Einwohnern. Etwa 29 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (mit überwiegend vielen Russlanddeutschen). Damit liegt der Anteil etwas über dem der gesamten Stadt Remscheid von 25 Prozent. Der Anteil der älteren Bevölkerung ab 65 Jahren beträgt in Hohenhagen wie in Remscheid etwa 20 Prozent, der Anteil der Bevölkerung ab 75 Jahren liegt mit etwa acht Prozent ebenfalls im städtischen Durchschnitt.

Ausgangslage

Ausgehend vom Gemeinde- und Stadtteilzentrum und dem damit verbundenen Auftrag der Stadt Remscheid, Stadtteilarbeit zu betreiben, ist in Hohenhagen bereits eine Stadtteilkonferenz eingerichtet. In der gesamten Stadt Remscheid ist das Thema der alternden Gesellschaft durch den Seniorenbeirat und den „Runden Tisch 50+“ fest verankert. Beide Gremien beschäftigen sich intensiv mit der Umsetzung verschiedener Projekte, die Seniorinnen und Senioren den Alltag erleichtern und Hilfe greifbarer machen sollen. Die Remscheider Verwaltung ist eng in das Modellprojekt „WohnQuartier⁴“ eingebunden.

Handlungsfelder und Aktivitäten des Konzeptes „WohnQuartier⁴“ sind insbesondere

- der Aufbau von innovativen Beratungs-, Unterstützungs- und Hilfenetzwerken
- die Stärkung der wohnortnahen Versorgung (neue Nahversorgungskonzepte)
- die Stadtteilmoderation, aktivierende Befragungen, Perspektiv- und Planungsworkshops
- die Förderung nachbarschaftlicher Aktivitäten
- die Weiterentwicklung der Stadtteilkultur und multikulturelle Angebote

Finanzierung

- Förderung des Modellprojektes durch die Stiftung Wohlfahrtspflege für den Zeitraum von drei Jahren: eine volle Stelle Stadtteilkoordination (einschließlich 10 Prozent Eigenmittel der Träger), Mittel für Qualifizierungsprogramme für Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort, Sachmittel
- Finanzierung von Projekten und Aufbau eines ehrenamtlichen Besuchsdienstes über Kollektenmittel „Hilfe im Alter“
- Spendenmittel für die Stadtteilzeitung und „(T)Raumplaner Hohenhagen“

Begünstigende Faktoren

- das Eingebundensein in die Strukturen der Evangelischen Johannes-Kirchengemeinde Remscheid
- das Gemeinde- und Stadtteilzentrum „Die Esche“ – ein Ort für soziale Netzwerke
- die Zusammenarbeit mit der Gemeindepädagogin, die zeitgleich an der Qualifizierungsmaßnahme „WohnQuartier⁴“ teilgenommen hat
- die enge Begleitung durch die Koordinatorin der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe
- das Zurückgreifen auf die innovativen Ansätze gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit und Weiterbildung des Evangelischen Erwachsenenbildungswerkes Nordrhein
- die Begleitung der Arbeit und die Qualitätsentwicklung durch das Institut für Stadtteilentwicklung, sozialraumorientierte Arbeit und Beratung der Universität Duisburg-Essen, Campus Essen (ISSAB)

Wie hat es angefangen?

- Auf der Suche nach Lösungen für eine zukunftsorientierte Gestaltung von Einrichtungen und Angeboten der Wohlfahrtspflege haben Fachleute verschiedener Disziplinen und Institutionen, Vertreterinnen von Ehrenamt, Kunst und Design das Konzept „WohnQuartier⁴ = Die Zukunft altersgerechter Quartiere gestalten“ entwickelt.
- Von April 2008 bis März 2011 wird das Modellkonzept als Kooperationsprojekt des Baukonzerns HOCHTIEF Construction, der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe und

des Evangelischen Erwachsenenbildungswerkes Nordrhein mit Mitteln der Stiftung Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen an zwei Standorten erprobt.

- Remscheid-Hohenhagen wurde als ein Standort ausgewählt, um die vier Faktoren
 - Wohnen und Wohnumfeld
 - Gesundheit und Service und Pflege
 - Partizipation und Kommunikation
 - Bildung und Kunst und Kultur

zu integrativen Strategien und Konzeptbausteinen zu verknüpfen und in vielfältigen Projekten umzusetzen.

Resümee/ Empfehlungen

Finanzierung:

Eine dauerhafte Finanzierung der Stadtteilkoordination ist dringend einzufordern, aber (noch) nicht die Regel. So sind vor Ort in Verbund mit der Kommune sowie weiteren Akteuren wie den Wohnungsbauunternehmen alternative Finanzierungskonzepte zu entwickeln (beispielsweise Förderverein).

Sozialräumliche Perspektive:

Die altersgerechte Quartiergestaltung nach dem Konzept WohnQuartier⁴ kann zu einer Ausweitung von Teilnahme und Teilhabe, zu einer Rückgewinnung nachbarschaftlicher Strukturen, zu neuen Netzwerken und Kooperationen im Quartier führen. Damit kann die „Ertüchtigung“ der Quartiere für den demografischen Wandel insgesamt und die möglichst lange selbstbestimmte Lebensführung der einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner maßgeblich befördert werden. Perspektivisch ist die Erweiterung der Zielstellung „altersgerecht“ hin zu „inklusiven“ Quartieren anzustreben, also die Ermöglichung eines möglichst selbstbestimmten Lebens und größtmöglicher gesellschaftlicher Teilhabe für alle Menschen mit individuellen (körperlich, geistigen, seelischen) Beeinträchtigungen und unterschiedlichen Graden an Unterstützungsbedarf.



Gemeinsam macht's mehr Spaß

Foto: Anja Reiffert

Träger	Evangelische Johannes-Kirchengemeinde Remscheid und Evangelische Alten- und Krankenhilfe Remscheid e. V.
Sozialraum	Ortsteil Hohenhagen (6.500 Einwohner)
Räumlichkeiten	1 Büro zusammen mit der Gemeindepädagogin Mitnutzung der Räume des Gemeinde- und Stadtteilzentrums „Die Esche“
Personal	eine Diplom-Sozialarbeiterin (Vollzeit)
Anzahl Besucher	etwa 100 Besucherinnen und Besucher
Angebote	<ul style="list-style-type: none"> • Interessengruppen Treppenhaus und Gartenzaun – ein buntes (Kultur-)Programm zur Förderung der Nachbarschaft auf dem Hohenhagen (Kooperation mit Kindertagesstätte im Stadtteil) (T)Raumplaner Hohenhagen (Kooperation mit der GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid) Nutzung des Schaufensters im Ladenlokal sowie Schaukasten für Veranstaltungsankündigungen Arbeitsgruppen Öffentlicher Personennahverkehr/Verkehr • Veranstaltungen „Zeitreise Hohenhagen“ - eine Fotoausstellung Internationales Frauencafé mit Beteiligung von „WohnQuartier⁴“ (Kooperation Stadt Remscheid/Frauenbüro) Sommer vorm Balkon - Kulturprogramm der Generationen Immer wieder freitags ... – Sommerprogramm für die Nachbarschaft auf dem Hohenhagen (Kooperation mit Kindertagesstätte im Stadtteil) Stadtteilcafé; Nachbarschaftskino; Bürgerversammlung interkulturelles Schachturnier (Kooperation mit Evangelischer Johannes-Kirchengemeinde Remscheid und Türkischem Eltern- und Schülerverein Remscheid e. V.) KulturQuartierX – Alter macht kreativ (als Kooperationspartner des Instituts für Bildung und Kultur e. V.) • Bildung Unsere Gemeinde – in Ihrer Nachbarschaft – hat ein Gesicht Qualifizierung zur Mitarbeit im ehrenamtlichen Besuchsdienst (Kooperation Evangelischer Johannes-Kirchengemeinde und „WohnQuartier⁴“) Tagung Nachbarschaft der Kulturen – Interkulturelle Öffnung von Angeboten und Einrichtungen im Wohnumfeld
Kooperationen	<p>„WohnQuartier⁴“-Dienstleistungsnetzwerk: Büro Stadtkonzepte, Düsseldorf Institut für Stadtteilentwicklung, sozialraumorientierte Arbeit und Beratung der Universität Duisburg-Essen, Campus Essen (ISSAB) Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e. V., Düsseldorf Evangelisches Erwachsenenbildungswerk Nordrhein e. V., Düsseldorf Evangelischer Verband für Altenarbeit, Stadtverwaltung Remscheid: Leitung Dezernat Bildung, Jugend, Soziales, Gesundheit und Sport; Sozial- und Altenhilfeplanung; Fachbereich Städtebau und Stadtentwicklung; Frauenbüro, GEWAG Remscheid</p>

6.5 Mülheim an der Ruhr – Saarn: Entwicklungsstrategie einer Kirchengemeinde

Seniorennetzwerkarbeit Saarn

Träger: Evangelische Kirchengemeinde Saarn

Bundesland: Nordrhein-Westfalen

Kommune: Mülheim an der Ruhr

Der Ortsteil Saarn mit den Ortschaften Selbeck und Mintard ist flächenmäßig der größte der sechs Stadtteile Mülheims und hat etwa 23.000 Einwohner. Der Ausländeranteil in Saarn beträgt 4,4 Prozent. Saarn hat einen überdurchschnittlichen Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren und von älteren Erwerbstätigen zwischen 45 und 65 Jahren. Der Anteil der 65- bis 75-Jährigen entspricht dem Mülheimer Durchschnitt. 28,8 Prozent der Bevölkerung in Saarn ist über 60 Jahre alt. 38,1 Prozent der 65-jährigen und Älteren leben alleine. Dagegen leben wenige Hochbetagte ab 75 Jahren in Saarn.

Ausgangslage

Zur Unterstützung der Lebensführung älterer Menschen ist die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur für ein Leben im Alter unerlässlich. Die Gründung des Seniorennetzwerkes als soziale Vorsorge für das Alter war die logische Konsequenz. Ältere Menschen wollen teilnehmen und teilhaben und sich auch einmischen.

Für die Netzwerkarbeit lassen sich Menschen ansprechen,

- die einen Ort für ihre Fragen zum Übergang in den Ruhestand und dem damit verbundenen Neubeginn suchen,
- die nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben interessiert sind an neuen Aufgaben,
- die ihre beruflichen und persönlichen Kompetenzen gerne einbringen,
- die aus einer teilweise distanzierten Haltung den Kontakt zur Kirchengemeinde neu suchen,
- die ihre Träume und Visionen für die Zukunft von Kirche und Gesellschaft einbringen,
- die an einem selbstbestimmten Engagement in Kirche interessiert sind,

- deren Engagement sich vermehren lässt für andere.

Nach der Teilnahme an der „InterNetz“-Fortbildung für Netzwerkarbeit des Evangelischen Erwachsenenbildungswerks Nordrhein e. V. und der Diakonie in Düsseldorf hat das Presbyterium die Diakonin beauftragt, ein Netzwerk für Menschen im nachberuflichen Leben aufzubauen.

Dem Aufbau des Netzwerkes in der Kirchengemeinde ging eine ausführliche Stadtteil- und Sozialraumanalyse voraus.

Finanzierung

- Die Kirchengemeinde finanziert zehn Wochenstunden für die Netzwerkbegleitung im Rahmen der Tätigkeit der Gemeindemitarbeiterin in der Erwachsenenarbeit.
- Über den Haushalt der Kirchengemeinde werden Schulungen, Seminare und Fortbildungen für Freiwillig Engagierte mitfinanziert.

Begünstigende Faktoren

- die Kirchengemeinde – ein Ort für soziale Netzwerke
- die Dorfkirche mit Gemeindezentrum als zentraler Standort im Dorf Saarn
- Das Presbyterium der Kirchengemeinde erarbeitet eine Konzeption gemeindlicher Aufgaben.
- Die Bestandsaufnahme macht deutlich, dass neben den klassischen Angeboten in der Seniorenarbeit Angebote für die Altersgruppe der Menschen ab 55 Jahren fehlen.
- die Beauftragung der Diakonin/Sozialpädagogin durch das Presbyterium, an der Fortbildung „InterNetz“ für Netzwerkarbeit des Evangelischen Erwachsenenbildungswerks Nordrhein e. V., des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Diakonie in Düsseldorf teilzunehmen
- Erfahrungen der Diakonin/Sozialpädagogin über die Netzwerkarbeit im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Erwachsenenbildung (Begegnungsstättenarbeit bei der Diakonie in Düsseldorf)
- Kooperation mit dem bestehenden Centrum für bürgerschaftliches Engagement e. V. (CBE) in der Stadt Mülheim an der Ruhr.

Resümee/ Empfehlungen

Durch den Aufbau des Netzwerkes wurden

- eine Anlaufstelle für Menschen im nachberuflichen Leben geschaffen
- die Lebenssituation älterer Menschen im Stadtteil Saarn verbessert
- die Zusammenarbeit mit und Vernetzung von Institutionen, Vereinen und Interessengruppen in Saarn aufgebaut
- Menschen unabhängig von Konfession und Parteizugehörigkeit angesprochen und ihnen neue Gestaltungsmöglichkeiten in der Kirche gegeben

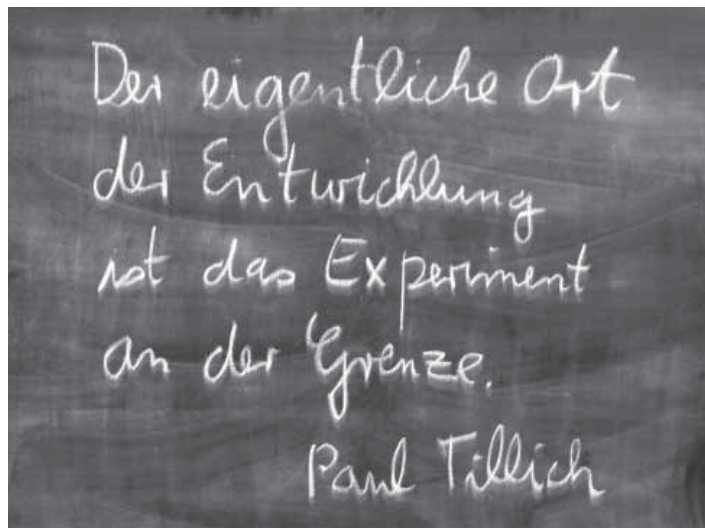


Foto: Anne Leyendecker

Träger	Evangelische Kirchengemeinde Saarn
Sozialraum	Ortsteil Saarn mit etwa 23.000 Einwohnern
Räumlichkeiten	Netzwerkbüro Nutzung der Räumlichkeiten des Evangelischen Gemeindezentrums Saarn Computerraum mit sechs PC-Arbeitsplätzen
Personal	eine hauptamtliche Diakonin/Sozialpädagogin mit zehn Wochenstunden etwa 10 bis 20 Netzwerkerinnen in der Organisationsgruppe
Anzahl Besucher	180 Netzwerker: 150 Frauen und 30 Männer
Angebote	14 Interessengruppen mit den Themenschwerpunkten Kultur, Konzert, Theater, Ausstellung Bewegungs- und Sportangebote: Kegeln, Wandern, Fahrradfahren, Gymnastik, Begegnung, Gespräche; Geselligkeit: Spiele, Gesprächsgruppe, Stammtisch Durch das Modellprojekt „Erfahrungswissen für Initiativen“ haben Seniortrainerinnen/Seniortrainer eigenständige Projektideen entwickelt und umgesetzt, etwa Herzenssprechstunde, Malstübchen, zwei Wohnprojekte
Kooperationen	Aus dem Netzwerk Saarn heraus entstand das Broicher Netzwerk der Generation 55+ mit diversen Interessengruppen und rund 120 aktiven Teilnehmenden. Beide Netzwerke pflegen einen guten Austausch. Mit dem Centrum für bürgerschaftliches Engagement der Stadt Mülheim wurde zum dritten Mal das Programm „Erfahrungswissen für Initiativen“ durchgeführt.

6.6 Köln: Strategische Pflegesatzverhandlungen einer Einrichtung

Zur Umsetzung einer quartiersbezogenen Altenarbeit

Träger: Johannes Seniorendienste Köln

Bundesland: Nordrhein-Westfalen

Stadt: Köln

Ausgangslage

Der Pflegesatz einer stationären Einrichtung nach Sozialgesetzbuch (SGB) XI besteht aus drei Säulen: Investitionskosten, Unterkunft und Verpflegung (Hotelkosten) und den pflegebedingten Kosten. In den pflegebedingten Kosten sind alle Aufwendungen für Pflege und Betreuung im stationären Bereich enthalten. Die Errechnung dieses Anteils richtet sich nach der Platzzahl, den besonderen Tatbeständen und dem damit verbundenen Betreuungskonzept sowie nach der Personalstruktur.

Im Bereich der Betreuungsleistungen soll in die Verhandlungen mit der Pflegekasse ein Personalkostenanteil für die quartiersbezogene Altenarbeit einbezogen werden. Dazu ist es notwendig, ein Konzept zur quartiersbezogenen Altenarbeit vorzulegen. In diesem wird die Förderung der sozialen Kontakte der Bewohnerinnen und Bewohner des Pflegeheims zum Quartier und umgekehrt beschrieben (Teilhabe).

Finanzen

Die stationäre Einrichtung erhält 0,5 Vollzeitkraft als Sockelausstattung, die gesondert zu verhandeln sind und stellt hierzu konzeptionell dar, wie diese Arbeit entsprechend der Spezifik des Hauses zu gestalten ist. Die Sachkosten, die von der Pflegekasse getragen werden, werden zum Beispiel um 0,17 Euro pro Bett und Pfl egetag im Bereich des sozialen Dienstes erhöht.

Begünstigende Faktoren

Gesetzliche Forderungen des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) können somit, in der Öffnung nach außen, inhaltlich und organisatorisch umgesetzt werden. Die Öffnung der Senioreneinrichtung kann im Rahmen der Quartiersarbeit kontinuierlich und langfristig ausgestaltet werden.

Resümee

Immer dann, wenn verstanden wird, dass Vernetzung der Einrichtung, Öffnung der Häuser in die Nachbarschaft hinein notwendig ist, entstehen sehr wertvolle Bezugsebenen und Möglichkeiten zur qualitativen Verbesserung von sozialen Beziehungen zwischen den Menschen in der Einrichtung und den Nachbarschaften. Die Lebensqualität der Menschen verbessert sich, Vereinsamung und Isolation können weitestgehend ausgeschlossen werden. Es werden Begegnungsmöglichkeiten geschaffen und neue Freiräume zur Interaktion eröffnet.

Empfehlungen

Jede Einrichtung erstellt ein individuelles Konzept, entsprechend ihren spezifischen Besonderheiten zu Lage, Struktur und Inhalten. Es ist darzustellen, wodurch gemeinwesenorientierte Altenarbeit am konkreten Standort der Einrichtung lebt.



Kommunikationstreffen am „Eckigen Tisch“

Foto: Anja Reiffert

Träger	Johannes Seniorendienste Köln
Sozialraum	Kölner Norden
Räumlichkeiten Fuhrpark	Betreuungsraum beziehungsweise Räumlichkeiten für Kommunikation „nach innen und nach außen“
Personal	entsprechend der konzeptionellen Planung (= 0,5 bis 1,0 Vollzeitkraft)
Kooperationen	dem konzeptionellen Ansatz und den Möglichkeiten des Wohnumfeldes entsprechend
Wie hat es angefangen?	Mit der Schaffung eines Netzwerkes-Cafés und den damit verbundenen neuen Kommunikationsebenen sowie der Schaffung eines Kommunikationstreffens aller Beteiligten an einem so genannten „Eckigen Tisch“

6.7 Düsseldorf: Sozialraumstrategien im großstädtischen Raum

zentrum plus – gemeinsam aktiv für das Alter

Träger: Arbeiterwohlfahrt; Caritas; Diakonie in Düsseldorf; Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband; Arbeiter-Samari-ter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz; Kaiserswerther Diakonie; Stiftung Angermund

Bundesland: Nordrhein-Westfalen

Kommune: Düsseldorf

Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat 587.000 Einwohner (Stand 12/2009). Rund 25 Prozent der Einwohner (150.000) sind älter als 60 Jahre. In Düsseldorf existiert unter dem Stichwort „Soziale Sicherung“ ein Haushaltstitel (Investitionshaushalt/Verwaltungshaushalt) für Altenarbeit. Die gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit in Düsseldorf ist über Jahrzehnte gewachsen. Breit gefächerte Angebote in den Begegnungsstätten für Ältere aller Wohlfahrtsverbände erstrecken sich über das gesamte Stadtgebiet. Die demografischen Veränderungen und der Wandel der Lebensformen und Lebensstile in unserer Gesellschaft haben es notwendig gemacht, die Inhalte und die Ausrichtung der Arbeit für und mit Seniorinnen und Senioren zu überprüfen.

Ausgangslage

Der politische Auftrag aus allen Ratsfraktionen im Jahr 2005 für das Projekt 2020+ „Düsseldorf - gemeinsam aktiv für das Alter“ hat den sozialplanerischen Impuls gegeben, die Rahmenbedingungen für die Lebenssituation älterer Menschen zu verbessern. Das Projekt hat das Ziel, eine neue Angebotsstruktur in Düsseldorf aufzubauen, die Eigeninitiative zu stärken, die selbst bestimmte Lebensführung zu fördern, soziale Netzwerke auszubauen und den Erhalt der eigenen Häuslichkeit zu stärken.

An den Sozialräumen orientiert, existiert in jedem Düsseldorfer Stadtbezirk mindestens ein „zentrum plus“. Für die Arbeit sind vergleichbare Rahmenbedingungen geschaffen und Standardangebote definiert worden, die sich am Bedarf der älteren Bürgerinnen und Bürger orientieren. Zur Vernetzung der Angebote ist in jedem Stadtbezirk eine Stadtbezirkskonferenz eingerichtet worden. Mit einem wirkungsorientierten Controlling wird regelmäßig überprüft, ob die Leistungen tatsächlich beim Bürger ankommen und die strategischen Ziele erreicht werden. Durch das Angebot des Fallmanagements wird ermöglicht, dass auch bei Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit kein Heimaufenthalt erforderlich wird.

Finanzierung

- Im Jahr 2011 hat die Stadt Düsseldorf für die 31 Standorte 3,4 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Jeder Standort erhält zwischen 70.000 bis 120.000 Euro Zuschuss pro Monat.

Begünstigende Faktoren

- Der politische Auftrag für die neuen sozialplanerischen Impulse wird von allen Fraktionen des Rates getragen; die Kommune Düsseldorf ist schuldenfrei.
- Bereits an vielen Standorten vorhandene „Begegnungsstätten für Ältere“ bilden die Basis für die Neuausrichtung der Altenarbeit im Gemeinwesen.
- Eine Vielzahl von freiwilligen Netzwerkerinnen und Netzwerkern engagieren sich vor Ort.
- Alle Wohlfahrtsverbände beteiligen sich am Auf- und Ausbau der „zentren plus“ im Rahmen des Projektes „Düsseldorf – gemeinsam aktiv für das Alter“
- Stadtbezirkskonferenzen, Controlling und Fallmanagement ermöglichen vergleichbare Standards und die Steuerung durch die Kommune.
- Hervorzuheben ist die gute Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Wohlfahrtsverbänden.

Wie hat es angefangen?

- Aufgrund der demografischen Veränderungen und des Wandels der Lebensformen und Lebensstile in unserer Gesellschaft ist es notwendig geworden, die Inhalte und die Ausrichtung der Arbeit von und mit Seniorinnen und Senioren zu überprüfen.
- Das Projekt Düsseldorf 2020+ beschreibt im Jahr 2005 die sozialen Infrastrukturen.
- Das Amt für Soziale Sicherung und Integration legt eine Expertise zur Situation älterer und pflegebedürftiger Menschen in Düsseldorf vor.
- Die Kommune Düsseldorf steuert den Prozess „Düsseldorf – gemeinsam aktiv für das Alter“ und veranstaltet Fachtage in den Jahren 2005, 2006 und 2010.

- Die Aufgaben, Zusammensetzung und Leitung der Stadtbezirkskonferenzen „Seniorenarbeit“ sind in einer Geschäftsordnung geregelt. Sie sind eine Einrichtung zur Vernetzung der „zentren plus – gemeinsam aktiv für das Alter“ mit allen Akteuren der Seniorenarbeit im Stadtbezirk.
- Der Leitfaden „Fallmanagement“ und der Leitfaden „Wirkungscontrolling“ werden gemeinsam erarbeitet.
- Der Seniorenbeirat und alle Akteure der Seniorenarbeit wirken bei der innovativen Weiterentwicklung mit.

Resümee

Die kontinuierliche, jahrelange gute Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und Wohlfahrtsverbänden hat zum Gelingen des Projektes „zentren plus – gemeinsam aktiv für das Alter“ beigetragen. Die langjährige Gewinnung, Förderung und Beteiligung von Älteren, die sich insbesondere in den Senioren-Netzwerken engagieren und selbst organisiert im

Stadtteil tätig sind, bilden eine verlässliche Größe in der Altenarbeit im Gemeinwesen.

Mit 31 Standorten hat Düsseldorf mittlerweile eine ausreichende Flächendeckung erreicht. Mit den Ressourcen der Mitarbeitenden sind die sieben Wohlfahrtsverbände an die Grenzen gestoßen. Die Mitarbeitenden sind mit wachsenden Beratungsanforderungen konfrontiert, vor allem zum Thema Demenz.

Empfehlungen

Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe muss weiterhin gestärkt, unterstützt und durch Qualifikationsmaßnahmen weiterentwickelt und begleitet werden.

Dem Rat der Stadt sind insgesamt zehn Maßnahmen vorgeschlagen worden. Zwei der wichtigsten sind: sich noch einmal auf die Entlastung der Angehörigen von Demenzerkrankten zu konzentrieren und mehr Personalstellen zu bewilligen.



Gemeinsam neue Wege gehen

Foto: Anja Reiffert

Träger	Arbeiterwohlfahrt; Caritas; Diakonie in Düsseldorf; Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband; Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz; Kaiserswerther Diakonie; Stiftung Angermund
Sozialraum	Stadtteile; 31 Standorte für 587.000 Einwohner bedeutet ein „zentrum plus“ für rund 19.000 Einwohner oder 31 Standorte für 150.000 Einwohner über 60 Jahre; das bedeutet ein Zentrum plus für rund 5.000 Einwohner über 60 Jahre
Räumlichkeiten	je Standort ein bis zwei Büroräume sowie Gruppen- und Gemeinschaftsräume, barrierefrei zugänglich; beispielsweise angesiedelt an ein Altenzentrum oder eine Begegnungsstätte für Ältere
Personal	je Standort ein bis zwei Mitarbeitende (Diplom-Sozialarbeiterin/-Sozialpädagogin); höchstens 1,2 Vollzeitkräfte
Anzahl Besucher	650 wöchentlich; aktive Netzwerkerinnen und Netzwerker je Standort: 20 bis 50
Angebote	individuelle und persönliche Beratung zu allen Fragen rund um das Leben im Alter, insbesondere für Migranten Sicherung des Verbleibs in der eigenen Wohnung durch Fallmanager anhand von Hilfeplänen; mit Zustimmung der Nutzer und in Abstimmung mit der Sozialverwaltung Treffpunkte für Ältere, in denen einfach nur geplauscht oder Skat gespielt werden kann Vermittlung von Dienstleistungen, beispielsweise Hol- und Bringdienste oder Essen auf Rädern Angebot eines preiswerten Mittagstischs Hilfe zum Aus- und Aufbau neuer sozialer Kontakte Angebot einer Vielzahl an Freizeit-, Gesundheits-, Kultur- und Bildungsangeboten Förderung bürgerschaftlichen Engagements Raum für selbst organisierte Angebote (Netzwerke) bieten, zum Beispiel „Wohnen in Gemeinschaft“ und „Wohnen mit Verantwortung“ Aufzeigen von Wegen, trotz Hilfe- und Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich in der eigenen Wohnung zu leben niedrigschwellige Angebote für Demenzerkrankte und deren Angehörige Koordination individueller Hilfen und auf Wunsch Durchführung von Hausbesuchen
Kooperationen	Stadtverwaltung Düsseldorf (Amt für Soziale Sicherung und Integration), Verwaltung auf Stadtbezirksebene, evangelische und katholische Kirchengemeinden, Seniorenbeirat, Wohlfahrtsverbände, Schulen, Tageseinrichtungen für Kinder im Stadtteil, Einrichtungen und Dienste von Angeboten der Alten- und Behindertenarbeit, Bildungs- und Kultureinrichtungen

7. Dringender Handlungsbedarf und Forderungen

Gemeinwesenorientierte Altenarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge, der im Zuge des demografischen Wandels in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird. Jenseits von Pflegesituationen gilt es, für ältere Menschen Strukturen zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, in ihrem Umfeld altersgerecht leben und sich einbringen zu können. Auf der Ebene der Kommunen müssen alle Beteiligten Handlungskonzepte erarbeiten, von denen dann lokale Aktionspläne und konkrete Maßnahmen abgeleitet werden können. Diese Konzepte berücksichtigen die jeweiligen Gegebenheiten in städtischen oder ländlichen Räumen.

Strukturen der Altenarbeit im Gemeinwesen können nur lokal gestaltet werden. Zugleich hängt die lokale Arbeit von den Rahmenbedingungen ab, die auf anderen politischen Ebenen gestaltet werden. Um deshalb vor Ort zu tragbaren Lösungen zu kommen, bedarf es eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses von Politik, Wirtschaft, Kirche, Diakonie und anderen Wohlfahrtsverbänden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Nur so wird es gelingen, die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für eine gemeinwesenorientierte Altenarbeit sicherzustellen und praktisch umzusetzen.

Ein solches Bündnis setzt sich für eine nachhaltige und dauerhafte Finanzierung ein, damit Strukturen wachsen und Netzwerke aufgebaut werden können. Zur Diskussion über die Finanzen gehört auch die Einsicht, dass den Kosten für gemeinwesenorientierte Altenarbeit Ersparnisse der öffentlichen Hand gegenüberstehen. So können etwa präventiv wirkende Maßnahmen Pflegebedürftigkeit hinauszögern oder vermeiden. Indirekte finanzielle Folgen sind beispielsweise, wenn ältere Menschen ihre Fähigkeiten, ihre Erfahrungen und ihr Lebenswissen für das Gemeinwesen einsetzen.

Da Angebote der Altenarbeit im Gemeinwesen in der Regel durch einen Finanzierungsmix realisiert werden, müssen die Möglichkeiten von Kommunen, Ländern und Bund, Kostenträgern im Sinne der Sozialgesetzbücher, Kirche und Diakonie und Seniorinnen und Senioren künftig besser genutzt werden, um überall ein bedarfsgerechtes Angebot aufzubauen und zu erhalten.

7.1 Forderungen an politische Akteure

Die Arbeit an einem Altenhilfestrukturengesetz ist unter dem Vorzeichen des demografischen Wandels dringend geboten. Altenarbeit im Gemeinwesen ist immer Teil kommunaler Sozialhilfe. Sie steht vor mehrfachen Herausforderungen: Es gilt, die fragmentierten Angebote und Leistungen unterschiedlichster Sicherungssysteme aufeinander abzustimmen, die Schnittstellenproblematiken zu bearbeiten und zugleich zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern und zu erhalten.

Der sechste Altenbericht führt aus: „Das deutsche Sozialrecht kennt eine Sondervorschrift, die sich in besonderer Weise auf ältere Menschen bezieht, ohne eine Altersgrenze vorzusehen. Dabei handelt es sich um § 71 SGB XII: Altenhilfe. Nach dieser Vorschrift werden älteren Menschen – neben den Leistungen nach den übrigen Bestimmungen des Sozialhilferechts – zusätzliche Leistungen gewährt. Diese zusätzlichen Leistungen sollen dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern; außerdem sollen sie älteren Menschen die Möglichkeit erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen (§ 71 Abs. 1 SGB XII). Im Gesetz werden beispielhaft Leistungen erwähnt, die in besonderer Weise in Betracht kommen.“¹⁶

¹⁶ Bundesministerium; Sechster Bericht; Der Gesetzestext ist im Kapitel 8.1 abgedruckt.

Damit sind die „weichen“ Aufgaben genannt, die jenseits der „harten“ Aufgaben der Altenhilfe wie Care- und Casemanagement liegen. Für diese „weichen“ Aufgaben der Altenarbeit im Gemeinwesen, etwa als Begleitung des bürgerschaftlichen Engagements Älterer, stehen Ressourcen nicht oder nur im geringen Umfang zur Verfügung.

Dieses Problem wird seit langem erkannt, die Schaffung von Altenhilfestrukturen seit einem Jahrzehnt diskutiert, etwa im vierten Altenbericht (2002) oder im Bundesmodellprogramm „Altenhilfestrukturen der Zukunft“ (2004) unter Federführung des Bundesfamilienministeriums.¹⁷

Ziel dieses Bundesmodellprogramms war es, mit einem Regelungswerk älteren Menschen, so lange und so weit wie möglich ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu gewährleisten. Das Projekt wurde wissenschaftlich begleitet, der Abschlussbericht lag 2004 vor. Die damalige Bundesessenziensministerin Renate Schmidt gab die Pläne zu einer Umsetzung allerdings auf. Zwar sei in der Altenhilfe eine Reform dringend nötig, aber dieser Reformbedarf solle nicht durch ein Bundesgesetz geregelt werden. Altenhilfe falle in die Verantwortung der Länder, ein Vorstoß des Bundes werde nur zu Auseinandersetzungen führen. Diese Kompetenzproblematik hat sich durch die Föderalismusreform in den Folgejahren noch verschärft.

Trotz dieses Dilemmas darf nicht in Vergessenheit geraten, dass der Abschlussbericht des erfolgreich abgeschlossenen Bundesmodellprogramms deutliche Forderungen stellt: Notwendig sind mehr umfassende Beratung älterer Menschen und ihrer Familien, eine bessere Kooperation und Vernetzung zwischen Gesundheitswesen, Altenhilfe und Altenarbeit im Gemeinwesen sowie eine verlässliche Weiterentwicklung bürgerschaftlichen Engagements.

Seit der Veröffentlichung des Abschlussberichtes 2004 und den anschließenden Äußerungen aus dem Bundesfamilienministerium gab es keinen weiteren Hinweis auf ein Altenhilfestrukturengesetz.

Im aktuellen Handbuch für soziale Altenarbeit wird dieses Defizit kommentiert: „Die Probleme indes, auf die das Gesetz reagieren wollte, bestehen fort. Deshalb kann erwartet werden, dass zumindest die Forderung nach einer kohärenten rechtlichen Regelung wieder lauter wird.“¹⁸

Der Skandal bleibt: Ein hilfreiches Gesetz scheitert am Widerstand von Partikularinteressen, die Grenzen des Föderalismus werden überdeutlich. Gerade der demografische Wandel macht es aber zwingend notwendig, die Arbeit am Altenhilfestrukturengesetz wieder aufzunehmen.

Aufgabe für die Kommunen: „Das kommunale „Basisbudget“ bewirkt Nachhaltigkeit“

Bei der Gestaltung der lokalen Infrastruktur setzen Kommunen inhaltliche Schwerpunkte. Sie planen und entscheiden über den Mitteleinsatz. In Regionen mit einem hohen Anteil von Seniorinnen und Senioren muss folgerichtig bei der Ausgestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge auf der gemeinwesenorientierten Altenarbeit ein besonderer Schwerpunkt liegen.

Der Finanzierungsmix von Angeboten gemeinwesenorientierter Altenarbeit bedarf eines festen Haushaltstitels in den Kommunen, eines „Basisbudgets“. Auf dieses Basisbudget können dann verschiedene Ko-Finanzierungen verlässlich aufbauen. Dieser Haushaltstitel verstetigt also Angebote gemeinwesenorientierter Altenarbeit und finanziert sie nachhaltig. In jeder Kommune stellt das „Basisbudget“ sicher, dass bewährte Angebote erhalten bleiben und gleichzeitig innovative Projekte finanziert werden können.

Die Höhe des kommunalen „Basisbudgets“ orientiert sich am demografischen Faktor in der jeweiligen Kommune, damit „alten“ Kommunen mit einem höheren Anteil älterer Menschen auch mehr Mittel für die gemeinwesenorientierte Altenarbeit zur Verfügung stehen. Denkbar ist ein „Basisbudget“ von 23 Euro pro Jahr pro Bürgerinnen und Bürger über 60 Jahre in einer Kommune (siehe Praxisbeispiel Düsseldorf, Kap. 6.7). Dieses „Basisbudget“ finanziert beispielsweise Beratung, Vernetzung und Angebote.

Es darf erwartet werden, dass jeder eingesetzte Euro aus diesem „Basisbudget“ einen „social return“ im Wert von neun Euro erzeugt: Beratung und Kooperationen schaffen „Ermöglichungsstrukturen“, in denen sich ältere Menschen als Netzwerkerinnen und Netzwerker freiwillig engagieren und selbst organisiert im Stadtteil tätig sind.¹⁹ Von diesem freiwilligen Engagement Älterer im Gemeinwesen profitieren auch jüngere Menschen, etwa durch Großelterndienste, Lesepatenschaften, Kulturführerschein und Ähnliches.

¹⁷ Bundesministerium, Altenhilfestrukturen
¹⁸ Auer, Karl; Handbuch, 31

¹⁹ Vgl. die Untersuchung für das Praxisbeispiel Düsseldorf: Fischer/Eichner/Nell; Netzwerke, 128

Flankierend zum „Basisbudget“ müssen die Kommunen bei der Planung des Mitteleinsatzes für Aufgabenbereiche und Investitionsvorhaben wie Verkehr, Wohnungsbau, Sicherheit, Bildung, Sport und anderes immer auch die spezifischen Bedürfnisse und Interessen älterer Menschen einbeziehen. Als Grundforderung gilt: Alle Aktivitäten und Angebote der Kommune sind generationenübergreifend nutzbar. Über Maßnahmen in allen kommunalen Arbeitsbereichen, die die Belange älterer Menschen berühren, wird regelmäßig an zentraler Stelle berichtet.

Aufgabe für Bund und Länder: „Verstetigung erfolgreicher Ansätze gemeinwesenorientierter Altenarbeit“

Auch auf Ebene der Bundesländer und des Bundes muss die gemeinwesenorientierte Altenarbeit weiter gestärkt werden. Die Altenberichte, die die Situation und die Bedürfnisse älterer Menschen in Deutschland beleuchten, bieten eine umfassende Grundlage für die Gestaltung einer generationensolidarischen Gesellschaft. Innovationsprogramme des Bundes und der Länder, die Anschubfinanzierungen gewähren, bleiben weiter sinnvoll. Solche Gelder ergänzen, befristet für die Förderdauer, die Finanzierungsgrundlagen auf kommunaler Ebene. Projekte der Altenarbeit im Gemeinwesen, deren Nutzen nachgewiesen wurde, gilt es zu verstetigen und zu verbreiten: Im rechtzeitigen Austausch über erfolgreiche Beispiele mit allen Verantwortungsträgern wird sichergestellt, dass wirksame Angebote nach Ende der Bundes- oder Landesförderung nicht enden.



Generationenübergreifend aktiv gestalten

Foto: Anne Leyendecker

7.2 Forderungen an Kostenträger

Präventionsaufschlag bei Pflegesatzverhandlungen (SGB XI-Kostenträger)

Stationäre Pflegeeinrichtungen können einen wichtigen Beitrag bei der gemeinwesenorientierten Altenarbeit in ihrem Umfeld und bei der Vernetzung der einzelnen ambulanten, teilstationären und stationären Angebote bei der Versorgung älterer Menschen leisten. Dieses Engagement muss auch refinanziert werden, wozu etwa ein quartiersbezogener, fallunspezifischer und -übergreifender Präventionsaufschlag bei pflegesatzverhandelnden Einrichtungen geeignet ist²⁰. Dieser Präventionsaufschlag ist als Pflegesatzbestandteil im Rahmen der zu verhandelnden Sach- und Personalkosten des Sozialen Dienstes anzusiedeln. Mit Hilfe dieser Mittel kann sich die stationäre Einrichtung verstärkt in Richtung Gemeinwesen öffnen, indem sie beispielsweise Treffpunkte, Fachforen, Cafés und sonstige Aktivitäten im Wohnumfeld anbietet. Dies kommt den Bewohnerinnen und Bewohnern der Einrichtung zugute: Ihre sozialen Kontakte bleiben erhalten. In vielen Bundesländern ist diese Ermöglichung der Teilhabe gesetzlich verankert, ohne dass jedoch die finanzielle Ausstattung in den Pflegeentgelten sichergestellt wird. Zugleich profitieren ältere Menschen im Umfeld der Einrichtung von solchen Aktivitäten – ein Gewinn für das Gemeinwesen.

Bürgerarbeit und Beschäftigungszuschuss kreativ nutzen (SGB II- und III-Kostenträger)

Im Hinblick auf Angebote der gemeinwesenorientierten Altenarbeit ist auch stärker als bisher zu prüfen, ob die verschiedenen zeitlich befristeten Fördermöglichkeiten der Agentur für Arbeit geeignet sind, um Personal für diesen Sektor zu gewinnen. Im Rahmen des Bundesmodellprojektes „Bürgerarbeit“ werden zunächst durch 200 Grundsicherungsstellen befristet bis 2013 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gefördert, in denen „zusätzliche“ Aufgaben durchgeführt werden, die im öffentlichen Interesse liegen.

Zudem könnte der Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II genutzt werden, der mit bis zu 75 Prozent Lohnkostenzuschuss vom Jobcenter langzeitarbeitslose Menschen mit mindestens zwei weiteren Vermittlungshemmnissen fördert. Auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach §§ 260ff SGB III sind gegebenenfalls heranzuziehen: Bei diesen werden Arbeitgebern Zuschüsse zum Arbeitsentgelt gewährt, wenn sie einen vorher Erwerbslosen beschäftigen, der „zusätzliche“ Aufgaben

verrichtet. Weiter wäre eine Nutzung der Eingliederungszuschüsse nach §§ 218, 219 SGB III, §§ 421f, 421p SGB III denkbar. Auf Grundlage dieser Regelungen erhalten Arbeitgeber ebenfalls Zuschüsse zum Arbeitsentgelt (den sogenannten „Nachteilsausgleich“), wenn sie Arbeitslose mit Vermittlungshemmnissen beschäftigen.

Lokale Beschäftigungsstrategien sollten gemeinwesenorientierte Altenarbeit als Arbeitsfeld beinhalten. Auch hier können Menschen – unter geeigneter Anleitung - wieder gestärkt werden für den Arbeitsmarkt.

Selbsthilfe fördern und Gesundheitsprävention stärken (Forderungen an SGB V-Kostenträger)

Quartiersbezogene Angebote der gemeinwesenorientierten Altenarbeit sind kleinteilig und sozialraumorientiert angelegt. Kostenträger nach SGB V §§ 20, 20c ff. sollten deutlicher als bisher Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsvorsorge auch im Gemeinwesen implementieren. Dabei bieten solche Maßnahmen die Chance, auch generationsübergreifend zu wirken. Insbesondere für in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen sind kleinräumliche Angebote attraktiv.

Krankenkassen können noch stärker in präventive Angebote im Rahmen der gemeinwesenorientierten Altenarbeit eingebunden werden. Solche Ko-Finanzierung ist gemeinsam mit Anbietern, Kommune und Krankenkasse auszuloten.



Soziale Kontakte pflegen

Foto: Anja Reiffert

²⁰ Vgl. Praxisbeispiel Köln, Kap. 6.6.

7.3 Forderungen an Kirche und Diakonie

Die Folgen des demografischen Wandels müssen sich auch in Angeboten von Kirche und Diakonie abbilden. Daher gilt es, Konzepte und Arbeitsschwerpunkte so zu gestalten, dass sie den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft gerecht werden. Auch im Hinblick auf die politische Vertretung sollte das Thema von Kirche und Diakonie besetzt werden, um für das Vorhalten solcher Angebote zu werben und im Dialog mit politischen Entscheidern deren Finanzierung sicher zu stellen.

Etablierung von Kompetenznetzwerken

Kirche und Diakonie müssen gemeinsam aktiv werden. Dies gilt sowohl für die Landeskirchen und deren diakonische Werke als auch für die Kirchengemeinden vor Ort und die lokalen diakonischen Einrichtungen. Mit dem Evangelischen Zentrum für Innovative Seniorenarbeit im Rheinland haben die Evangelische Kirche im Rheinland, das Evangelische Erwachsenenbildungswerk Nordrhein und die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe beispielhaft ein Kompetenznetzwerk geschaffen, das die Ressourcen und Aufgabenstellungen in Kirchengemeinden und diakonischen Einrichtungen bündelt und bearbeitet. In der Qualitätsentwicklung, der Projektentwicklung, -begleitung und -beratung sowie in der Qualifizierung von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden spielt die Sicherung von verlässlichen Strukturen vor Ort eine zentrale Rolle. Mit relativ geringem finanziellem Aufwand werden kommunale Mittel sowie Stiftungsgelder akquiriert.²¹

Öffnung von Kirchengemeinden und diakonischen Einrichtungen in das Gemeinwesen hinein

Diakonische Einrichtungen und Kirchengemeinden sind schon jetzt an vielen Orten wichtige Akteure gemeinwesenorientierter Altenarbeit. Sie setzen sich dafür ein, dass solche Angebote vorgehalten werden. Sie analysieren Bedarfe vor Ort, beziehen ältere Menschen im Umfeld ein und vernetzen sich mit politischen Entscheidungsträgern. Sie stellen Räume und Fachpersonal zur Verfügung und binden freiwillig Engagierte ein.²²

Alle diese kirchlichen und diakonischen Aktivitäten gilt es zu intensivieren und öffentlich sichtbar zu machen. Zugleich ist es sinnvoll zu prüfen, ob sie noch stärker hin zum Gemeinwesen geöffnet werden können. So wären auch ältere Men-

schon zu erreichen, die eher kirchenfern leben. Aktivitäten und Angebote von Kirche und Diakonie sind wichtige Anknüpfungspunkte, da beide ihr Handeln überwiegend sozialräumlich ausrichten. Wenn sie sich (noch) stärker gemeinwesenorientiert profilieren, können sie ihr Umfeld nachhaltig prägen und Menschen in ihrem Umfeld erreichen. Dies führt zu einer sinnvollen Ausnutzung vorhandener Gebäude und Einrichtungen, indem beispielsweise kirchliche Räume, die nicht mehr gebraucht werden, eine neue Nutzung erhalten. Kirchengemeinden und diakonische Einrichtungen müssen sich um Kooperationen und Entwicklungspartnerschaften mit Partnern vor Ort bemühen, um ihre Konzepte und Angebote zu organisieren und zu etablieren. Solche möglichen Partner sind andere Wohlfahrtsverbände, Bildungsträger, Wirtschaftsunternehmen, Wohnungsunternehmen, Sportvereine und viele mehr. Diese anderen Beteiligten stellen dann auch einen Teil der finanziellen Mittel bereit oder schaffen Trägerverbände.

Innovationsbudgets schaffen

Kirche und Diakonie müssen ihren eigenen Beitrag zur Altenarbeit im Gemeinwesen leisten. Sie können nicht auf eine vollständige Finanzierung und Re-Finanzierung der Angebote von Seiten der Kommune setzen, sondern sind selbst gefordert. Solche Eigenbeiträge können beispielsweise Räume oder Personalmittel sein. Auch der Einsatz landeskirchlicher Mittel wie Kollekten und sonstiger Eigenmittel diakonischer Einrichtungen ist jeweils fallweise zu prüfen. Stunden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kirche und Diakonie ehrenamtlich leisten, sollten gegebenenfalls als Eigenmittelanteil bei Förderanträgen anerkannt werden. Zudem kommen Förderprogramme der öffentlichen Hand und die Möglichkeiten von Stiftungen in Frage.²³

Nicht zweckgebundene Eigenmittel dürfen nicht nur für den Bestand der etablierten Angebote eingesetzt werden. Konzepte und Angebotsstrukturen der Träger unterliegen einem ständigen Wandel und müssen auf neue Herausforderungen reagieren. Auch für Organisationsentwicklung sollten deshalb Ressourcen eingeplant werden, um Spielraum für neue Ideen zu schaffen. Manche diakonische Träger arbeiten hier mit einem Innovationsbudget von ein bis zwei Prozent des Gesamtbudgets.

21 Vgl. Praxisbeispiel Kap. 6.4 Remscheid Wohnquartier⁴

22 Vgl. Praxisbeispiel Kap. 6.5 Mülheim an der Ruhr-Saarn

23 Eine Liste von Stiftungen finden Sie im Kapitel 8.2

Qualifizierung: Fort- und Weiterbildungsangebote entwickeln

Zum Ausbau gemeinwesenorientierter Altenarbeit in Kirche und Diakonie ist eine Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig. Pfarrerinnen und Pfarrer, Verantwortliche diakonischer Einrichtungen und Mitarbeitende müssen in dieser Richtung aus- oder weitergebildet werden, damit sich kirchliche und diakonische Angebote noch stärker zum

Gemeinwesen öffnen. Dies beinhaltet auch eine Qualifizierung im Hinblick auf Finanzierungsmodelle, mögliche Förderanträge und so weiter.

Bildungsangebote sollen nicht allein für professionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickelt werden. Unter der Vorgabe des „lebensbegleitenden Lernens“ sind die Lern- und Bildungspotenziale älterer Menschen selbst zu fördern.



Das Miteinander lässt Sozialräume gedeihen

Foto: Ulrike Pape / DWEKD

7.4 Forderungen an Senioren und Seniorinnen

Das dritte Lebensalter stellt sich als eigene Lebensphase dar. Sie ist für viele im hohen Maß geprägt durch gesundheitliches Wohlergehen, Mobilität und – gegenwärtig – durch soziale Sicherheit. Die Beendigung der Berufstätigkeit oder die nachfamiliäre Phase sind keine Entpflichtung aus gesellschaftlichem Engagement und aktiver Anteilnahme am Leben im Gemeinwesen. Senioren und Seniorinnen erbringen bereits heute im innerfamiliären Kontext eine Vielzahl von Transferleistungen, in Form finanzieller Leistungen und unbezahltem Engagement, beispielsweise durch die Betreuung von Enkelkindern oder in der Pflege von Angehörigen. Darüber hinaus engagieren sie sich in einer Vielzahl sozialer Projekte.

Menschen in der dritten Lebensphase setzen Zeit ein, aber auch Geld und Sachmittel. In der Zukunft wird es noch stärker auf diese Leistungen ankommen. Und noch deutlicher müssen diese Leistungen öffentlich werden, also für die Gesellschaft wahrnehmbar. Seniorinnen und Senioren tragen eine Verantwortung für diese Wahrnehmung: Sie wirken an Altersbildern mit, die die Aufgaben und Rollen älter werdenden Menschen zukunftsfähig und nachhaltig prägen.

Einschränkungen von körperlichen, kognitiven oder alltagspraktischen Fähigkeiten, wie sie zunehmend im vierten Lebensalter vorkommen, gehören zum individuellen Lebensalltag. Ältere Menschen mit ihren Einschränkungen können auch in dieser Phase des Lebens, entsprechend ihrer Potenziale, eigene Kompetenzen einbringen.

Bei der Entwicklung von Strukturen gemeinwesenorientierter Altenarbeit müssen ältere Menschen vor Ort partizipieren, an politischen Sprechstunden, Foren oder Ähnlichem teilnehmen, um ihre Bedürfnisse zu artikulieren. Je nach Angebot ist auch zu prüfen, ob die Seniorinnen und Senioren einen jeweils eigenen finanziellen Beitrag leisten können. Auch wenn eine solche Selbstbeteiligung in manchen Zusammenhängen wie eine Zugangsbarriere wirken kann, ist sie nicht grundsätzlich abzulehnen. Wichtig dabei: Die Selbstbeteiligung muss sich an der Leistungsfähigkeit der Senioren und Seniorinnen orientieren. Für ältere Menschen, die nicht in gesicherten finanziellen Verhältnissen leben, sollten die Angebote kostenlos vorgehalten werden. Selbstbeteiligung und ökonomische Solidarität innerhalb einer Generation sind Formen der Ko-Finanzierung gemeinwesenorientierter Altenarbeit neben anderen.

8. Hintergrundwissen

8.1 Gesetzestext

Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII)
– Sozialhilfe –

Neuntes Kapitel – Hilfe in anderen Lebenslagen

§ 71 Altenhilfe

(1) Alten Menschen soll außer den Leistungen nach den übrigen Bestimmungen dieses Buches Altenhilfe gewährt werden. Die Altenhilfe soll dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen.

(2) Als Leistungen der Altenhilfe kommen insbesondere in Betracht:

1. Leistungen zu einer Betätigung und zum gesellschaftlichen Engagement, wenn sie von alten Menschen gewünscht wird,
2. Leistungen bei der Beschaffung und zu Erhaltung einer Wohnung, die den Bedürfnissen des alten Menschen entspricht,
3. Beratung und Unterstützung in allen Fragen der Aufnahme in eine Einrichtung, die der Betreuung alter Menschen dient, insbesondere bei der Beschaffung eines geeigneten Heimplatzes,
4. Beratung und Unterstützung in allen Fragen der Inanspruchnahme altersgerechter Dienste,
5. Leistungen zum Besuch von Veranstaltungen oder Einrichtungen, die der Geselligkeit, der Unterhaltung, der Bildung oder den kulturellen Bedürfnissen alter Menschen dienen,
6. Leistungen, die alten Menschen die Verbindung mit nahe stehenden Personen ermöglichen.

(3) Leistungen nach Absatz 1 sollen auch erbracht werden, wenn sie der Vorbereitung auf das Alter dienen.

(4) Altenhilfe soll ohne Rücksicht auf vorhandenes Einkommen oder Vermögen geleistet werden, soweit im Einzelfall Beratung und Unterstützung erforderlich sind.

8.2 Stiftungen

Die nachfolgend benannten Stiftungen²⁴ fördern und unterstützen Altenarbeit und wirken in der Regel bundesweit. Zunehmend etablieren sich lokale Stiftungen, die vor Ort direkt zu erfragen sind.

www.stiftungen.org (Bundesverband Deutscher Stiftungen)

www.margarete-schnellecke-stiftung.de

www.kda.de (Kuratorium Deutsche Altershilfe)

www.ard-fernsehlotterie.de (Stiftung Deutsches Hilfswerk)

www.stiftung-wohnhilfe.de

www.bosch-stiftung.de

www.software-ag-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de

www.keppler-stiftung.de

www.koerber-stiftung.de

www.leibinger-stiftung.de

www.stiftung-mercator.de

www.friedespringerstiftung.de

www.herzenssache.de

www.aktion-mensch.de

www.kd-bank.de (Bank für Kirche und Diakonie)

www.gluecksspirale.de

www.sw.nrw.de (Stiftung Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen)

www.generali-zukunftsfonds.de

²⁴ Die Inhalte externer Links werden vom Diakonischen Werk der EKD sorgfältig geprüft. Es übernimmt dennoch keine Haftung für die Inhalte der Seiten. Für die Inhalte dieser Seiten sind ausschließlich deren Anbieter verantwortlich.

9. Literatur

9.1 Verwendete und zitierte Literatur

Auer, K., Karl, U. (Hrsg.): Handbuch Sozialer Altenarbeit, Wiesbaden 2010 [zitiert als: Auer, Karl: Handbuch]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Altenhilfestrukturen der Zukunft. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung zum Bundesmodellprogramm, 2004 [zitiert als: Bundesministerium: Altenhilfestrukturen]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland . Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft: Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen, 2005 [zitiert als: Bundesministerium: Fünfter Bericht]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Altersbilder in der Gesellschaft, 2010 [zitiert als: Bundesministerium: Sechster Bericht]

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO): Memorandum Mitgestalten und Mitentscheiden. Ältere Menschen in Kommunen. Leitlinie für das Programm Aktiv im Alter, 2008 [zitiert als: Bundesministerium: Memorandum]

Deutscher Caritasverband: Sozialpolitische Positionierung zur Kampagne 2010 „Selbstbestimmte Teilhabe von Menschen im Alter“, 2010 (zitiert als: Deutscher Caritasverband, Kampagne 2010)

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB): Zentralaus-sagen „Älter werden in Deutschland“. Kommunen stellen sich der Herausforderung, 2006 (zitiert als: Deutscher Städte- und Gemeindebund: Älter werden in Deutschland)

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV): Empfehlungen zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen mit einer älter werdenden Bevölkerung, 2006 (zitiert als: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge: Empfehlungen zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur)

Evangelische Kirche im Rheinland: Stellungnahme zur Anhörung im sozialpolitischen Ausschuss zum Thema „Dem Älterwerden aller Generationen gerecht werden“, 2009 (zitiert als: Evangelische Kirche im Rheinland, Stellungnahme zur Anhörung 2006)

Evangelischer Pressedienst (Hrsg.): „Kirche findet statt“ (epd-Dokumentation Nr. 29/2010), 2010 [zitiert als: Evangelischer Pressedienst: Dokumentation]

Fischer, V.; Eichener, V.; Nell, K. (Hrsg.): Netzwerke – ein neuer Typ bürgerschaftlichen Engagements, 2003 (zitiert als: Fischer/Eichener/Nell: Netzwerke)

Horstmann, M., Neuhausen, E. (Hrsg.): Mutig mittendrin. Gemeinwesendiakonie in Deutschland, 2010 [zitiert als: Horstmann/Neuhausen: Gemeinwesendiakonie]

Klie, T.: Sozialpolitische Neuorientierung und Neuakzentuierung rechtlicher Steuerung, 2009; herausgegeben von „Netzwerk: Soziales neu gestalten“ in der Reihe „Zukunft Quartier -Lebensräume zum Älterwerden“ (zitiert als: Klie: Soziales neu gestalten – SONG)

Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg: Aktionsprogramm „Ältere Generation im Mittelpunkt“. Miteinander der Generationen, 2006 (zitiert als: Land Baden-Württemberg: Aktionsprogramm 2006)

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz: Gut Leben im Alter. Aktionsplan der Landesregierung zur Politik für Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz, 2010 (zitiert als: Land Rheinland-Pfalz: Aktionsplan 2010)

Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen: Gemeinsam in einer Gesellschaft des langen Lebens. Seniorenpolitische Leitlinien des Landes Nordrhein-Westfalen bis 2025, 2010 (zitiert als: Land Nordrhein-Westfalen: Seniorenpolitische Leitlinien 2010)

Oelschlägel, D.: Aktuelle Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer, in: Hinte, W.; Lüttringhaus, M.; / Oelschlägel, D. (Hrsg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit, 2007, 99 - 128 [zitiert als: Oelschlägel: Gemeinwesenarbeit]

Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland: Im Alter neu werden können Eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 2009 (zitiert als: Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland: Orientierungshilfe 2009)

9.2 Serie Altern in Deutschland

Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina und die Deutsche Akademie für Technikwissenschaften acatech gründeten im Januar 2006 eine gemeinsame interdisziplinäre Akademiegruppe „Altern in Deutschland“, die auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Evidenz öffentliche Empfehlungen erarbeitete, um die Chancen der im letzten Jahrhundert erheblich gestiegenen Lebenserwartung – die „gewonnenen Jahre“ – vernünftig zu nutzen und mit den Herausforderungen des demografischen Alterns klug umzugehen. Die Veröffentlichung der Resultate erfolgt in acht Materialbänden und einem Empfehlungsband.

Kocka, J.; Staudinger, U. M.; Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (Hrsg.): Serie Altern in Deutschland, 2009

Ehmer, J.; Hoffe, O. (Hrsg.): Bilder des Alterns im Wandel, Historische, interkulturelle, theoretische und aktuelle Perspektiven (Altern in Deutschland Band 1)

Staudinger, U. M.; Heidemeier, H. (Hrsg.): Altern, Bildung und lebenslanges Lernen (Altern in Deutschland Band 2)

Backes-Gellner, U., Veen, S. (Hrsg.): Alter, Arbeit und Betrieb (Altern in Deutschland Band 3)

Börsch-Supan, A.; Erlinghagen, M.; Hank, M.; Jürges, H.; Wagner, G. (Hrsg.): Produktivität in alternden Gesellschaften (Altern in Deutschland Band 4)

Beetz, S.; Müller, B.; Beckmann, K. J.; Hüttl, R. F. (Hrsg.): Altern in Gemeinde und Region (Altern in Deutschland Band 5)

Lindenberger, U.; Nehmer, J.; Steinhagen-Thiessen, E.; Delius, J.; Schellenbach, M. (Hrsg.): Altern und Technik (Altern in Deutschland Band 6)

Kochsiek, K. (Hrsg.): Altern und Gesundheit (Altern in Deutschland Band 7)

Kocka, J.; Kohl, M.; Streeck, W. (Hrsg.): Altern. Familie, Zivilgesellschaft und Politik (Altern in Deutschland Band 8)

Empfehlungen der Akademiengruppe: Altern in Deutschland – Gewonnene Jahre (Altern in Deutschland Band 9)

9.3 Weitere Buchtipps

Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Abschlussbericht über den Praxistest zur Erprobung des Handbuchs und des Leitfadens zur Gesetzesfolgenabschätzung, 2002

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Alter neu denken, 2007
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Altersbilder in der Gesellschaft, 2010

Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit und Pflege e. V. (DEVAP); Diakonisches Werk der EKD e. V.; Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD (EAfA) (Hrsg.): Leitfaden Qualitätsentwicklung in der offenen Altenarbeit, 2009

Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in der EKD (EAfA) (Hrsg.): Erfahrungswissen für Initiativen in der Kirche. Altenpotenziale wahrnehmen und fördern, 2006

Evangelisches Zentrum für Innovative Seniorenarbeit (Hrsg.): Netzwerkarbeit in Mülheim an der Ruhr. Das Mülheimer Modell, 2010

Hermann, V., Horstmann, M. (Hrsg.): Wichern drei. Gemeinwesendiakonische Impulse, 2010

Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.): Zukunft Quartier. Lebensräume zum Älter werden, Band 1-3, 2008/2009

10. Glossar

Die Definitionen für Gemeinwesendiakonie, Gemeinwesenorientierung, Gemeinwesenarbeit sind entnommen aus: Evangelischer Pressedienst (Hrsg.): „Kirche findet statt“ (epd-Dokumentation 29/2010)

Gemeinwesendiakonie

beschreibt „eine Gestalt kirchlich-diakonischer Arbeit, die von Kirchengemeinden und Kirchenkreisen, von diakonischen Diensten und Einrichtungen gemeinsam getragen wird und in der mit weiteren Akteuren kooperiert wird. Sie nimmt den Stadtteil in den Blick, orientiert sich an den Lebenslagen der Stadtteilbewohner und öffnet sich so zum Gemeinwesen hin. Gemeinsames Handeln von verfasster Kirche und organisierter Diakonie setzt eine strategische Zusammenarbeit voraus, um Klienten-, Mitglieder und Gemeinwesenorientierung in Balance zu bringen“.²⁵

Gemeinwesenorientierung

Ist ein beschreibender Begriff. Er bezeichnet die „Öffnung einer Institution zum Stadtteil hin, um deren Arbeit effektiver zu machen“²⁶. Gemeinwesendiakonie ist ein programmatischer Begriff, der von der Gemeinwesenorientierung als Basisannahme ausgeht, diese aber als kirchlich-diakonische Strategie versteht. Gemeinwesenorientierung meint im kirchlich-diakonischen Horizont die Ausrichtung der kirchlich-diakonischen Akteure auf das Gemeinwesen hin, einerseits, um dessen Ressourcen zu nutzen, andererseits, um vor Ort Wirkung zu entfalten.

Gemeinwesenarbeit

wird in der Sozialen Arbeit verstanden als „eine sozialräumliche Strategie, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner Bewohner, um seine Defizite aufzuheben. Damit verändert sie dann allerdings auch die Lebensverhältnisse seiner Bewohner/innen“²⁷. Als Leitstandards der Gemeinwesenarbeit gelten zielgruppenübergreifendes Handeln, Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Menschen, Förderung der Selbstorganisation und der Selbsthilfekräfte, Nutzung der vorhandenen Ressourcen, ressortübergreifendes Handeln und Vernetzung und Kooperation.

Quartier

kennzeichnet den Raum, der die Wohnung umgibt. Im Quartier gibt es private, halbprivate, halböffentliche und öffentliche Räume. Unterschiedlichste Komponenten beschreiben ein Quartier: ein Ort des Wohnens, der Versorgung, der Fortbewegung, des Verkehrs, des Aufenthaltes und der Begegnung. Die räumliche Ausdehnung ist offen im Unterschied zum Stadtteil, der eine klar abgegrenzte Verwaltungseinheit besitzt. Unter die Bezeichnung Quartier werden auch andere Bezeichnungen einbezogen, etwa Viertel, Veedel, Kiez, Dorf. Im Alltag werden die Begriffe Quartier, Viertel, Stadtviertel, aber auch oft Sozialraum, Wohnumgebung oder Wohnumfeld synonym benutzt.

²⁵ Oelschlegel: Gemeinwesenarbeit, 112–113

²⁶ Horstmann, Neuhausen: Gemeinwesendiakonie, 5

²⁷ Oelschlägel: Gemeinwesenarbeit, 111

11. Projektgruppe

Mitglieder der Projektgruppe

Roswitha Kottnik (Projektleiterin)
Arbeitsfeld Ältere Menschen
im Zentrum Gesundheit, Rehabilitation und Pflege
Diakonisches Werk der EKD e. V.
Berlin

Burkhard Batze
Referent für offene Altenarbeit und Hospiz
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische
Oberlausitz e. V.
Berlin

Dr. Gundula Grießmann
Stabsstelle Betriebswirtschaft beim Vorstand Sozialpolitik
Diakonisches Werk der EKD e. V.
Berlin

Thomas Staudigl
Einrichtungsleiter Seniorenzentrum am Tiergärtnertor
Stadtmission Nürnberg e. V.
Nürnberg

Beate Steinke
Einrichtungsleiterin Johanneshaus Gut Heuserhof
Johannes Seniorendienste gGmbH
Köln

Christa Stelling
Vorsitzende der Fachausschusses Gemeinwesenorientierte
Altenarbeit im Deutschen Evangelischen Verband für Altenar-
beit und Pflege e. V.
Berlin/Düsseldorf

Reinhard Thies
Netzwerkstelle Gemeinwesendiakonie
Servicestelle Soziale Stadt
Diakonisches Werk der EKD e. V.
Berlin

Gabriele Winter
Referentin für gemeinwesenorientierte und teilstationäre
Altenarbeit
Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e. V.
Düsseldorf

Udo Zellmer
Abteilungsleiter Diakonische Bezirksstellen
Evangelischer Diakonieverband
Ulm/Alb-Donau

Notizen

Notizen

Auszug Diakonie Texte 2009/2010/2011

- 08.2011 Prozesse interkultureller Öffnung konkretisieren, kommunizieren, kultivieren
- 07.2011 Kommunikation von Qualität in der stationären Altenhilfe
- 06.2011 Mitarbeitendenstatistik zum 1. September 2008
- 05.2011 Chancen für Kinder eröffnen – Teilhabe durch Kinder- und Jugendrehabilitation
- 04.2011 Der Tod gehört zum Leben
- 03.2011 Abschiebungshaft in Deutschland – Positionen und Mindestforderungen der Diakonie
- 02.2011 Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte 2009
- 01.2011 Prävention in der Schuldnerberatung der Diakonie
- 12.2010 Gerechte Teilhabe an Arbeit
- 11.2010 Diakonie und Bildung
- 10.2010 Sozialarbeiterisches Case-Management für Menschen mit Behinderungen in der Eingliederungshilfe nach SGB XII/SGB IX
- 09.2010 Erwartungen der Diakonie an die Reform der Grundsicherung
- 08.2010 Raus aus dem Abseits
Diakonisches Plädoyer für eine gerechte Jugendpolitik
- 07.2010 Deutsche aus der ehemaligen Sowjetunion – auf der Suche nach einer verlorenen Familienvergangenheit
- 06.2010 Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Europa
- 05.2010 Perspektiven zur Mitarbeitengewinnung in der Diakonie
- 04.2010 Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und sein Beitrag zur Personalgewinnung
- 03.2010 Es sollte überhaupt kein Armer unter Euch sein
„Tafeln“ im Kontext sozialer Gerechtigkeit
- 02.2010 Interkulturelle Öffnung
Zusammenstellung von Stellungnahmen und Arbeitshilfen
- 01.2010 Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit
- 16.2009 Pflegestatistik zum 15.12.2007
- 15.2009 Einrichtungsstatistik – Regional, Stand 1. Januar 2008
- 14.2009 Vorstandsbericht:
Gemeinsam in die Zukunft: „Weil wir es wert sind“
- 13.2009 Verbesserung der Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderung außerhalb der WfbM
- 12.2009 Seelsorge in Palliative Care
- 11.2009 Gesundheitspolitische Perspektiven der Diakonie 2009

Liebe Leserinnen und Leser,

wir hoffen, dass wir Ihnen mit der vorliegenden Ausgabe des Diakonie Textes Informationen und inhaltliche Anregungen geben können. Wir sind an Rückmeldungen interessiert, um unsere Arbeit zu optimieren. Wir freuen uns deshalb, wenn Sie uns

1. Kommentare und Anregungen zum Inhalt des Textes zukommen lassen,
2. informieren, welchen Nutzen Sie durch diesen Text für Ihre Arbeit erfahren haben und
3. mitteilen, wie Sie auf die vorliegende Ausgabe der Diakonie Texte aufmerksam geworden sind und ob oder wie Sie diese weitergeben werden.

Ihre Rückmeldungen senden Sie bitte an die verantwortliche Projektleitung (siehe Impressum unter Kontakt).

Herzlichen Dank im Voraus.
Ihr Diakonisches Werk der EKD

Impressum

Diakonisches Werk der
Evangelischen Kirche
in Deutschland e. V.
Staffenbergstraße 76
70184 Stuttgart

Verantwortlich für die Reihe:
Andreas Wagner
Zentrum Kommunikation
Postfach 10 11 42
70010 Stuttgart
Telefon: +49 711 21 59-454
Telefax: +49 711 21 59-566
redaktion@diakonie.de
www.diakonie.de

Kontakt:
Pfarrerin Roswitha Kottnik
Arbeitsfeld Ältere Menschen
Zentrum Gesundheit, Rehabilitation und Pflege (GRP)
Diakonisches Werk der EKD
e. V.
Reichensteiner Weg 24
14195 Berlin
Telefon: +49 30 83001-262
Telefax: +49 30 83001-444

Layout: A. Stiefel

Lektorat: Hilmar Gattwinkel

Titelfoto: Ulrike Pape/
DWEKD

Druck: Zentraler Vertrieb
des Diakonischen Werkes
der Evangelischen Kirche
in Deutschland e. V.
Karlsruher Straße 11
70771 Leinfelden-Echterdingen

© Juli 2011 – 1. Auflage
ISBN-Nr. 978-3-941458-36-9

Die Texte, die wir in der Publikationsreihe Diakonie Texte veröffentlichen, sind im Internet frei zugänglich. Sie können dort zu nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und vielfältig werden. Diakonie Texte finden Sie unter www.diakonie.de/Texte. Im Vorspann der jeweiligen Ausgabe im Internet finden Sie Informationen, zu welchem Preis Diakonie Texte gedruckt beim Zentralen Vertrieb bestellt werden können.

Bestellungen:
Zentraler Vertrieb des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.
Karlsruher Straße 11
70771 Leinfelden-Echterdingen
Telefon: +49 711 21 59-777
Telefax: +49 711 797 7502
Vertrieb@diakonie.de

Benutzer des Diakonie Wissensportals können über die Portalsuche nicht nur nach Stichworten in den Textdateien recherchieren, sondern auch auf weitere verwandte Informationen und Veröffentlichungen aus der gesamten Diakonie zugreifen. Voraussetzung ist die Freischaltung nach der Registrierung auf www.diakonie-wissen.de

www.diakonie.de

**Diakonisches Werk
der Evangelischen Kirche
in Deutschland e.V.**

Stafflenbergstraße 76

70184 Stuttgart

Telefon: +49 711 21 59-0

Telefax: +49 711 21 59-288

diakonie@diakonie.de

www.diakonie.de